

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

21 (25.1.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelnummern 50 Pf. Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleile 2,20 M. Die Restameile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Am das Steuerkompromiß

Ein letztes Wort der Sozialdemokratie

Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Heute mittag 12 Uhr trat im Reichstag die Konferenz der Vertreter der vier Parteien mit dem Reichsfinanzminister zusammen, nachdem in der gestrigen Besprechung in der Reichstagskammer noch kein Ergebnis bezüglich eines Steuerkompromisses erzielt worden war. Die Sozialdemokraten sind in ihren Fraktionsitzungen, die noch gestern nachmittag stattgefunden haben, auf der bisherigen Forderung stehen geblieben, sie halten also die Verabschiedung der Steuerentwürfe ohne die Festlegung einer Zwangsanleihe in einem Ermächtigungsgesetz überzählig für unmöglich. Auch die Deutsche Volkspartei und die Demokraten haben sich in Fraktionsitzungen mit der Steuerfrage beschäftigt und ihren Vertretern in der Konferenz die Ermächtigung gegeben, unter allen Umständen ein Kompromiß anzustreben, damit möglichst bald die Voraussetzungen für die Fertigstellung der deutschen Voranschläge für die Allierten gegeben werde.

Soviel wir wissen, haben in der gestrigen Besprechung der Reichstagskammer auch Dr. Mathenau den Gedanken einer Zwangsanleihe in der Form für diskutabel erklärt, daß die Anleihe zunächst gar nicht oder sehr gering verzinstlich sei und dann in späteren Jahren mit einem höheren Zinssfuß ausgestattet werde. Diefem Vorschlag steht aber immerhin das sozialdemokratische Verlangen gegenüber, daß die zu befreienden Organisationen zusammengefaßten Schwerebesitzer in Industrie und Landwirtschaft die Anleihe aufzubringen und auch für ihre Verzinsung und Tilgung aufzukommen hätten. Tugend ein Urteil über die Aussichten des Kompromisses zurzeit abzugeben, wäre verfrüh. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß bestenfalls heute abend ein Ergebnis festgesetzt werden könnte.

Ein sichtbares Opfer des Besizes

24. Berlin, 25. Jan. Offiziell wird mitgeteilt, daß die Sozialdemokraten die Erklärung abgegeben, daß sie ein sichtbares Opfer des Besizes fordern müssen, sei es auf dem Wege der Zwangsanleihe oder auf irgend einem anderen Wege, der zum Ziele führen könnte. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß noch ein Ausweg aus der schwierigen Lage gefunden wird. Die Sozialdemokraten erklärten, daß es jetzt bei den Bürgerlichen liege, ob sie den Weg zur Lösung beschreiten wollen.

Die Reparationsfrage

24. Berlin, 24. Jan. Heute vormittag hat in der Reichstagskammer eine Sprechstunde über die Reparationsfrage stattgefunden. Die Erklärung der Regierung, die auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages steht, wird nicht abgegeben werden. Wie verlautet, wird der Reichsfinanzminister eine endgültige Rede voraussichtlich erst am Donnerstag halten.

Amerikanischer Standpunkt zur Reparation

Ein wichtiger Faktor für Genoa

24. London, 24. Jan. Die Session der Vereinigten Staaten, der interamerikanischen Oberkonferenz, deren Vorsitzender Hoover ist, hat einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt:

Bevor ein endgültiger Fortschritt in der Richtung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erreicht werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden. 1. Die Neuordnung der deutschen Reparationen auf einer Grundlage innerhalb der praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes und 2. die Erminderung der von gewissen Nationen auf dem europäischen Kontinent noch aufrechterhaltenen bewaffneten Streitkräfte.

Einer Neuermeldung zufolge berichten „New York Times“, daß die Veröffentlichung des erwähnten Berichtes im gegenwärtigen Zeitpunkt großes Interesse erregt im Zusammenhang mit den Vermutungen über die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der internationalen Wirtschaftskonferenz von Genoa. Es verlautet, daß die amerikanische Regierung bestrebt sei, bevor sie eine Entscheidung trifft, zu erfahren, ob eine Neuordnung der deutschen Reparationen stattfinden werde, ebenfalls, ob die Frage der Herabsetzung der Landrenten und der Verbesserung der finanziellen Lage gewisser europäischer Nationen insbesondere Frankreich, in Erwägung gezogen werden.

Abdankung des griechischen Königs?

24. Athen, 24. Jan. Der Athener Berichterstatter des „Daily Express“ schreibt, es sei König Konstantin mitgeteilt worden, daß Englands Beziehungen mit Griechenland nur wieder hergestellt werden können, wenn er seinen Sohn Georg seinen Platz einräumt. Der britische Vertreter in Athen habe dem König die Lage vollständig klar gelegt. König Konstantin sei endgültig zu dem Beschlusse gekommen, daß seine Abdankung im Interesse seines Volkes liege.

Abflauen des Eisenbahnerstreiks in Sachsen

21. Dresden, 25. Jan. Obwohl von einem Ende des Eisenbahnerstreiks noch nicht gesprochen werden kann, zeigen die einlaufenden Meldungen, daß der Streik im Abflauen ist. Die Streikbewegung läßt unmerklich nach. Die Streikenden finden sich in großer Zahl wieder auf den Arbeitsplätzen an. Der Zugverkehr ist wieder aufgenommen worden.

Das badische Regierungsprogramm

Staatspräsident Hummel über die kommenden Regierungsaufgaben — Badens unbedingte Reichstreue — Schutz der Republik — Finanzminister Köhler über den Staatsvoranschlag 1922/1923 — Voranschlag der außerordentlichen Ausgaben: 1700 Millionen Mark — Beginn der politischen Aussprache

gr. Karlsruhe, 24. Januar.

Die fast vollständig versammelten Abgeordneten und die nicht besetzten Tribünen zeigen die Bedeutung der heutigen Landtagsession, in der nach der Wahl der Mitglieder des Finanzgerichts Staatspräsident Hummel das Programm der badischen Regierung niederlegte. Die Pläne der einzelnen Ministerien zeigen, daß die Regierung bemüht ist, fester Stand die Konsolidierung der Verhältnisse vorzunehmen. Dabei wird unbedingte Reichstreue und Schutz der Republik führender Gedanke sein. Badens Finanzlage behandelte Finanzminister Köhler, wobei er auf den gesunden Stand von Badens zwar erster Finanzlage hinwies und vor allem sich gegen die Steuerimmoral wandte. Den Reigen der politischen Aussprache eröffnete Abg. Dr. Schofer vom Zentrum, der sich vor allem gegen den Materialismus unserer Zeit wandte und erklärte, daß das Zentrum, solange die Materie gelte, sich an der Simultanfiskale festhalte, wenn es auch die Verantragskule vorziehe. — Am Mittwoch früh geht die Aussprache weiter.

Sitzungsbericht

Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 8.40 Uhr mit kurzen Begrüßungsworten und besten Wünschen für die zu leistende Arbeit. Wir Deutschen werden uns durchsetzen trotz allem, was kommen mag! Drum vorwärts an die Arbeit! Mit Trauer gedenken wir des dahingegangenen Papstes Benedikt XV., der sich um die Menschheit als Friedenspapst hochverdient machte (Das Haus hat sich während der Trauerworte von den Säulen erhoben; die Unabhängigen und Kommunisten haben den Saal verlassen). Besonders wir Deutsche sind dem Papst zu Dank verpflichtet. Drum legen wir einen Kranz des Dankes an seiner Ruheliege nieder.

Die Wahl der Mitglieder zum Finanzgericht

Vom Landtag werden hierzu 40 Mitglieder nominiert. Die Wahl wird laut dem Vorschlag des Senatorenkonvents gegen die Stimmen der Kommunisten vorgenommen.

Siehe folgen die

Regierungserklärungen.

Staatspräsident Hummel:

Mit Papst Benedikt XV. ist ein großer Staatsmann und Menschenfreund dahingegangen. Ich habe gestern dem Herrn Erzbischof die Teilnahme der badischen Regierung ausgesprochen. Bis auf Staatsrat Schön ist das Kabinett daselbst geblieben wie vor den Wahlen. Es ist dem alten Kabinett bereits gelungen, Fortschritte in der Konsolidierung zu erreichen. Es ist gelungen, die Finanzen und den Staat auf die praktische Arbeit hinzuleiten. Auch im Landtag ist es weitgehend gelungen, eine Berichtigung der Gegensätze herbeizuführen. Diese Methode zu ändern liegt auch für die neue Regierung kein Anlaß vor. Wenn es auch nicht gelungen ist, Säulen der Regierung außerhalb der bisherigen Koalitionsparteien zu finden, so wird die Regierung doch keine Parteipolitik treiben. Sie hofft auf praktische Mitarbeit auch der übrigen Parteien und die Zukunft wird dann zeigen, welche praktischen Folgen dies hat.

Schutz der Republik!

Ist die oberste Aufgabe der Regierung (Oratio). Sie wird jedem Vorstoß entgegen zu treten. Schädliche Erklärungen im Verhältnis von Staat und Kirche müssen beseitigt werden. Die Tätigkeit der Kirchen muß auch in dieser schweren Zeit aufrecht erhalten bleiben.

Aus dem Gebiet des Kultus

wird dem Landtag ein Gesetzentwurf zugehen über Aenderung der Kirchensteuergesetze zum Zweck ihrer Anpassung an die Verhältnisse des Reichs über die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer und an die Landesgesetzgebung über die Ertragssteuer vom Grundbesitz und Gewerbetreibenden. Ferner wird die Frage der Bereitstellung von finanziellen Mitteln an die staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften zum Zweck entsprechender Angleichung der jetzt ungleichen Einkommensbezüge der Geistlichen an die Bezahlungen der Beamten dem Gegenstand eingehender Prüfung zu bilden haben. Auf dem Gebiet der Schule wird zunächst die Frage der Durchführung des Fortbildungsgesetzes Gegenstand der Erörterung und Beschlußfassung sein müssen. Die historisch begründete starke Belastung des badischen Staats mit

3 Hochschulen

wird auch in der Zukunft getragen werden müssen. Es ist bisher, dank des Verständnisses und der Opferfreudigkeit des Landes, erfreulicherweise gelungen, sowohl die Universitäten Heidelberg und Freiburg als auch die Technische Hochschule Karlsruhe auf einer der Tradition entsprechenden Höhe zu halten. Es muß mit Nachdruck, zugleich aber mit sparsamem Abwägen der Bedürfnisse, dafür gefordert werden, daß unsere Hochschulen auch künftig der Aufgabe, an der Erhaltung und dem Ausbau unserer Kultur tatkräftig zu arbeiten, gewachsen bleiben. Die soziale Fürsorge für die Studierenden und die Sorge für die förderliche Erziehung der Studierenden hat angefangen der Zeitlage an Bedeutung erheblich gewonnen. Die Einrichtung der akademischen Kostlöcher hat sich vielfach bewährt und verspricht auch für die Zukunft wertvolle Hilfe. Turnen und Sport finden bei den Studierenden lebhaftes Interesse. Die Regie-

rung ist befriedigt, durch Bereitstellung von Turn- und Sportplätzen und von Turnhallen sowie durch geeignete Lehrgänge fördern zu wirken. Von wichtigen Universitätsbauten gehen die Medizinische Klinik und die Orthopädische Anstalt in Heidelberg ihrer Vollendung entgegen. Auch die nach die Riegerbombe zerstörte Freiburger Anatomie soll im Herbst d. J. den Abschluß ihrer Erneuerung erfahren. Die eingeleitete Vereinfachung des Betriebes der

Öffentlichen Sammlungen

sowie die Erhöhung ihres Nutzwertes für die Allgemeinheit wird eine wichtige Aufgabe der Kunstverwaltung bleiben. Die Kunst-erziehungs-Anstalten werden den Aufgaben wirtschaftlicher Bedeutung, die aus ihrer Notwendigkeit für die deutsche Veredelungsindustrie erwachsen, weiter angepaßt werden.

Das Schulgesetz vom 7. Juli 1910

muß vor allem infolge der vom Landtag beschlossenen Neuordnung der Beitragverhältnisse von Staat und Gemeinde zum Aufwande der Volksschulen, eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Vor der Vorlage eines entsprechenden Gesetzesentwurfes wird den beteiligten Kreisen Gelegenheit zur Stellungnahme zu den einzelnen Fragen gegeben werden. Die Vorbildung der Volksschullehrer muß im Einklang mit den Absichten aller deutschen Länder den Bestimmungen der Reichsverfassung angepaßt werden. Der Rechtsordnung allgemeine Anerkennung zu verschaffen, den geordneten Gang der Rechtspflege sicherzustellen, erachtet die Regierung als ihre erste Pflicht.

Die Justizverwaltung

auf auf allefahige Mitarbeit rechnen in den Anstellungen, das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Justiz zu erhalten, insoweit es Vereinfachung erfahren hat, um dem Staat den Geld zu geben, besteht er in der Zeit gewaltigster Aufgaben bedarf. Die Regierung wird die Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt achten und schützen. Für die Strafrechtspflege erachtet sie die erweiterte Heranziehung von Laienrichtern; außerdem die Zulassung der Frau zum Richteramt als Schöffe und Geschworene.

Soviel immer an ihr liegt, wird die Regierung auf eine rasche Erledigung der durch Wissenschaft, Praxis und Verwaltung längst vorbereiteten Reform des Strafrechts, des Straf- und Zivilprozesses sowie die Aenderung der Gerichtsverfassung hinarbeiten. Als einen Teil der erprobten Reform in Strafsachen hat die Regierung das Reichsgesetz vom 16. Dezember 1921 zur erweiterten Anwendung der Geldstrafen und Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen, lebhaft begrüßt; es erscheint auch weiterhin Novellengesetzgebung für die als besonders reformbedürftig erklärten Materien erwünscht, sofern auf die Gesamtreform im Strafrecht und Strafprozeß noch länger zu warten ist. Das erwähnte Reichsgesetz vom 16. Dezember 1921 wird für Baden die erwünschten Nebenwirkungen haben, daß es die Gefängnis-Notstand beseitigt und der Sorge um kostspielige Gefängnisbauten für absehbare Zeit enthebt, auch die Verknappungsmittel entlastet. Das Justizministerium hat nunmehr neue Bestimmungen über die Einstellung und Ausbildung des Justizdienstes, als an den Straf- und Zivilprozessangelegenheiten fertigestellt, die den Zweck haben, die Gewinnung und Erhaltung eines Aufseherstabes zu gewährleisten, welcher allen an ihn zu stellenden Anforderungen entsprechen kann. Es werden Gesetzentwürfe vorgelegt werden, monach: § 46 des Reichspolizeigesetzes eine Aenderung im Sinne einer Einschränkung seiner Bestimmungen erfahren soll. Weiter soll die Befugnis der Grundbuchhilfsbeamten zu Unterschriftenbeglaubigungen erweitert und für Gemeindefretäre in Vororten eine öffentliche Beglaubigungsbezugnis gleich derjenigen der Bürgermeister begründet werden. Ferner sollen die Gebührenanteile der Notare für wahlfreie Amtsgeschäfte neu geregelt werden und eine wesentliche Einschränkung der Zulässigkeit von Nebengeschäften der Notare vorgeschlagen werden. Das Gesetz betr. die Gerichts- und Notarskosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit soll weiter den veränderten Geldverhältnissen angepaßt werden. Zusammenhängend damit sollen die Bezüge der Ortsrichter und Schlichter einer angemessenen Verbesserung erfahren. Einige strafrechtliche Bestimmungen des Gesetzes vom 25. Februar 1870, das Strafrecht und Fortschrittsverfahren betr. sind in Folge der so weitgehend veränderten Geld- und Geldwertverhältnisse unhaltbar geworden. Ein Gesetzesentwurf ist im Justizministerium in Bearbeitung. Ein Entwurf zu einem

Stammgutsausführungsgesetz

— Art. 68 der Verfassung — wird erneut zur Vorlage kommen. Auf dem Gebiet der

inneren Verwaltung

erfordert die am 1. April 1922 in Kraft tretende neue Gemeindeordnung Neuordnung der Bestimmungen über die Rechte der Gemeindebürger und über die Erwerbung der Bürgerrechte; hierzu wird dem Landtag eine Neufassung der Bürgerrechtsgesetze zugehen. Der Vollzug der Gemeindeordnung erfordert auch eine gesetzliche Reform der Zuständigkeit der Ortspolizei und der Verteilung der Polizeifunktionen zwischen Staat und Gemeinden. Die Neuorganisation der Polizei und die Klarstellung der Rechtsverhältnisse der Gendarmerie machen gleichfalls neue gesetzliche Vorschriften notwendig. Durch reichsrechtliche Regelung wurden in jüngster Zeit die Geldstrafen für Verletzungen allgemein erhöht. Bei dieser Gelegenheit sollen zugleich einige, durch die veränderten Verhältnisse gebotene Aenderungen — Befreiung des Vorrechts des Standes, und Grundbesitzer in bürgerlichen Strafverfahren — vorgenommen werden. Die Versorgungsansprüche der Beamten in der Gruppenpolizei, die

gierung sind vom gleichen Geiste gegenüber der Reichsregierung befeuert (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Auch gegenüber der Republik?). In meinem Sinne steht auch die Verantwortung dieser Frage. Die Regierungen würden von Berlin immer rechtzeitig über wichtige Regierungsabsichten unterrichtet zu werden. Mit den monarchischen Bestrebungen ist irgend eine Regierung in Deutschland nichts zu tun. Es ist unzulässig, die Dinge auf den Stand von vor 1918 zurückzuführen und vollends unmöglich, die Dinge auf die Zeit von vor 1870 zurückzuführen. Keine Hand wird sich in Baden zur Verteidigung des Reiches finden. Die Sicherheit unserer Staatsgrenzen und die Unversehrtheit des Reiches ist der Affront unserer Außenpolitik. Die Reparationsleistungen müssen vom Boden des Ostens auf den Boden der europäischen Gebiete zurückgeführt werden. Wenn auf außenpolitischen Gebieten ein Erfolg gelungen ist, dann ist es das Verdienst der Männer, die trotz Verleumdung sich mit ihrer ganzen Person für das Reich einsetzten (Weiß). Ein Teil der Presse arbeitete mit Liebererungen, um dann der Regierung vorwerfen zu können, sie habe nicht alles erreicht. Die Umstellung von der Politik der Gewalt zur Politik der Vernunft geht langsam. Aber wir dürfen den Fortschritt doch nicht verkennen. Wenn wir auch in einem kritischen Augenblick stehen, so sind die Aussichten doch auch optimistisch. Das badische Kabinett ist gewonnen, seine Geschäfte im Geiste kultureller, politischer und sozialer Verbesserung zu führen. Wenn Sie dies wünschen, so bitten wir Sie um Ihre Vertrauen. (Weiß.)

Finanzminister Köhler:

Der auf zwei Jahre aufgestellte Haushaltsplan wird dem Hause in den nächsten Tagen vorgelegt. Wir hoffen daher, ohne Notwendigkeit durchzuführen. Wir wollen möglichst ohne Nachträge durchkommen; vor allem sollen die Nachträge keine Stellenvermehrungen bringen. Starke Ansprüche stellen die ständigen Anhebungen der Besoldungsgehälter. Die Budgetstellen zeigen den ständig sinkenden Geldwert.

Die ordentlichen Ausgaben für 1922/23 einschließlich des Mehraufwands für die nachträgliche Verringerung des Ortschaften- und unter Abrechnung von 1 1/2 Prozent Abzug aus dem Grundbesitz betragen jährlich 1700,3 Mill. Die ordentlichen Einnahmen betragen . . . 1711,5 „ also Einnahmehüberschuss jährlich . . . 11,2 „ und für die zwei Budgetjahre . . . 22,4 „

Die außerordentlichen Ausgaben für beide Jahre betragen zusammen . . . 141,6 „ Die außerordentlichen Einnahmen betragen . . . 54,7 „ Der Mehrauftrag der außerordentl. Ausgaben beträgt 86,9 „ Hierzu aufrecht zu erhaltende Restfaktoren . . . 23,0 „ zusammen 109,9 Mill. abzüglich des Ueberschusses im ordentl. Etat von . . . 22,4 „

abzüglich des Ueberschusses im ordentl. Etat von . . . 22,4 „

Ungedeckter Ausgabenrest . . . 87,5 Mill.

Von diesem Selbstbetrag der zwei Jahre sollen gedeckt werden durch die im laufenden Betriebsjahre auf Ende des Rechnungsjahres 1921 vorhandenen Mittel 25,0 Millionen.

Ueber die Deckung des Restes mit rund 62,5 Millionen soll erst später Bescheid gesagt werden, wenn er nicht im Laufe der beiden Rechnungsjahre durch Einnahmehüberschüsse erwirtschaftet werden kann.

Bei den angeforderten Stellen suchte man weitmöglichst zu sparen; trotzdem war an einzelnen Stellen in den Schulen u. a. eine Stellenvermehrung nötig. Ein neues Bauprojekt befindet sich nicht im Budget. Bedacht müssen wir auch darauf nehmen, daß die soziale Hypothek nicht allein auf den Staatswald gelegt werden darf. Die Forderungen an den Wald dürfen nicht zu weit gehen. Die Brauerei Rothaus in Privatbände zu überführen, liegt kein Anlaß vor; hier liegen falsche Preisermittlungen vor. In seinen Beziehungen hat sich der Staat vielfach die Bezüge des gemeinschaftlichen Betriebes nutzbar gemacht, ohne sich auf ein Schema festzulegen. Bei der Abwicklung der Seelbände wurde erreicht, daß der Konkurs vermindert wurde und das Gelände wieder an den Staat zurückkam. Der Staat hat einen rechnerischen Verlust von 2 Millionen. Wenn sich jedoch gewisse Berechnungen als richtig erweisen, wird sich diese Schätzung noch bessern. Die Seelbände- und Landbank hat sich aufgelöst. Die Arbeit der Abwicklung stellte höchste Anforderungen. Gegen die früheren Geschäftsführer Hebe und Wetterer sowie gegen Ingenieur Boneff bestehen Strafverfahren (Zwischenruf im Zentrum). Das Finanzministerium ist nicht in der Lage, in das Rechtsverfahren eingzugreifen (Geleitfakt) Anlaß. Die finanzielle Lage unseres Landes ist ernst. Unsere Finanzen sind jedoch noch gesund und bleiben gesund, wenn Sparmaßregeln durchgeführt werden. Keine Belastungen größeren Umfangs dürfen die Finanzlage erschüttern und das Reich darf keine Eingriffe vornehmen. Das Reich kündigt neue Steuern an. Ein scharfer Anzeichen der Verschärfung ist nur gangbar bei entsprechenden Verfügungen. Vor allem müssen jedoch die vorhandenen Steuern durchgeführt werden. Es ist deshalb zunächst ein Einarbeiten in die bestehenden Steuern nötig. Fortgesetzte Änderungen können da nur. In der Steuerfrage muß der Staat die Führung behalten. Zur Sachwertfrage will ich keine Stellung nehmen. Die mühseligen Spekulationswerte müssen so scharf als möglich gesenkt werden. Die Vermögenssteuer dürfen nicht so stark sein, um die Freude am Schaffen zu vernichten. Am bedeutendsten ist der fast vollständige Verlust des Sparfunds. Der Sparfunds muß wieder angetrieben und gepflegt werden. Wir beobachten nicht eine besondere Landessteuerverwaltung aufzurichten, da wir eine Reformaktion zwischen Finanzministerium und Landesfinanzamt haben. Die Steuerbelastung ist in Baden in etwa zehn Tagen beendet. Sie war, da ermäßig, diesmal sehr schwierig. Insbesondere haben die Arbeiter hierbei großes Verständnis bewiesen. Ich hoffe, daß sich die Belastung zur Umsatzsteuer sich diesmal verhältnismäßig vollzieht als das letztemal. Die Straffälligkeit über die Steuer-moral zeigt ein ganz förmliches Bild. Die Wirksamkeit ist jedoch noch schwächer. Hier hilft nur scharfste Durchführung ohne Pardon. Die Regierung wird auf Steuergerechtigkeit sehen. Hinsichtlich der Reichssteuer sind wir alle einig. Dagegen müssen wir uns wehren gegen die Steuerorganisation, wie sie jetzt wieder in einer geplanten Reichsreform hervortreten. Vor allem verlangt die Steuerorganisation das ständige Reisen der Rezenten, so daß diese nie vollständig zusammenzubringen sind. Die Besüge der oberen und mittleren Beamten sind noch elastisch genug, um die jetzigen Steuererhöhungen aufzufangen. Dagegen sind die Besoldungen der unteren Gruppen unzureichend, weshalb wir hier Beförderung verlangten. Das Reich hat dagegen allgemein allen Klassen um 20 Prozent erhöht. Hierbei wird bei der Ortsklassenfrage hätte bessere Arbeit geleistet werden können. Die unteren Gehaltsgruppen weisen mit Recht auf den Unterschied zwischen unten und oben hin (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Machen wir mal nicht mehr mit). Ob Baden zustimmt, wissen wir noch nicht. Niemand kennt sich in den fortgesetzten Veränderungen mehr aus. Das Finanzministerium und die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft schließen heute die Tarifverträge und Reichsrat und Reichsrat sind nur noch Besoldungsfragen. Damit werden die Beamten auf die Dauer ihre Beamtenrechte nicht verlieren. Unsere badischen Wünsche auf Schöpfung des Erbrechtsvertrages wurden von den norddeutschen Direktoren überlassen. Wir werden nochmals an die Frage herantreten. Der Anschlag des Staatskapitals auf unsere Bahnen ist erfreulicherweise abgelehnt worden. Die Stimmung des deutschen Volkes lautet:

Hände weg vom Staatsbetrieb! Unsere Bahnen wurden durch den Krieg heruntergewirtschaftet. Die Ueberbelastung auf persönlichen Gebiete muß aufhören. Vor allem ist auch auf die Ueberbelastung der Industrie beim Maschinenbau usw. hinzuweisen. Bei der Personalreform muß der nicht anzuwendende Nachschubtag voll ausgenutzt werden. Die landmannschaftlichen Konventionen zwischen Baden und dem Reich bezüglich der Post müssen aufrecht erhalten bleiben. Langsam befindet sich unser Volk wieder auf sich selbst. Die systematische Abkehr vom Streikgedanken ist aber sinnfälliger Ausdruck des Aufstiegs. Das Ziel einer gesunden Finanzgebarung Badens ist bis heute erreicht worden. Hierzu bitte ich um die Mitarbeit des ganzen Hauses. (Weiß.)

Beginn der politischen Aussprache

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) hält die Verbindung des Finanzministeriums mit dem Landesfinanzamt für sehr erfreulich und spricht seine Befriedigung über die Milderung zur zweijährigen Budgetperiode aus. Die Sparmaßregeln des Staatsbudgets ist vorbildlich. Beim Reichsbudget sollte es ähnlich sein. Man sollte nicht immer wieder neue Steuern schaffen. Die Sachverhalte sollten Land und Gemeinden erhalten bleiben. Die Steuerformulare sollten einfacher gehalten werden. Eine Entmaterialisierung der Volkseinkommen ist notwendig. Man darf nicht alle diejenigen, die einen Brennstoß besitzen, in einen gemeinsamen Topf werfen; zum guten Teil handelt es sich hier um Verführung. Wenn die Dinge so weiter gehen, ist das Brennrecht der Kleinrentner gefährdet. Deshalb zurück in die Grenzen des Gesetzes! In der Außenpolitik sollte weniger Kritikalität herrschen und dafür mehr Gedacht werden. Die Außenpolitik ist forgenoll. Wichtiger als Kanonen ist die Idee, das Recht und die Wahrheit, die sich stets durchdrücken werden. Deshalb müssen wir mit den Waffen des Rechts kämpfen. Die Auffrischung Europas ist das Ende der Nachpolitik. Das Gewissen muß wieder in sein Recht eingeseht werden. Die Politik unseres Reichstages ist nicht ohne Erfolg geblieben. Im Gegensatz zur desnationalen „Süddeutschen Zeitung“ müssen wir doch feststellen, daß die Regierungen etwas geleistet haben. Ihre Behauptungen bestehen in der Absicht, die deutsche Wirtschaft in Deutschland nicht, sondern in der „Süddeutschen Zeitung“ auf der Wahrheit bringen, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ auf Produzenten und Konsumenten mühen daran denken, daß sie aufeinander angewiesen sind. Die Wohnungsfrage wird durch die durch die landwirtschaftliche Baumaterialienfabrikation (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Wenn die alle in die Höhe hineinkommen, ist sie nicht tief genug). Wenn Sie mal hineinschauen, können Sie ja sehen. Staat und Kirche müssen deshalb erziehend zusammenwirken. (Widerpruch des Abg. Wolf (Komm.)) Mit russischen Rezepten wird es nicht besser. Wir wollen jedoch keine russische Debatte. Das Elternhaus muß wieder in seine Bedeutung eingeseht werden. Wir sind der Meinung, daß die Volkswirtschaft die richtige ist. Wir halten jedoch an der Si-multanultule fest, solange die Referate d. J. 1876 gesichert sind. Doch darf an diesen Referaten besonders beim Religionsunterricht nicht getrickelt werden. Das Fortbildungsgesetz muß kommen, dann werden wir sehen, wie es gehalten wird. Das Geschlechtsverhältnis soll nicht vernachlässigt werden. Vor allem anderen kommt jedoch die Erziehung des Kindes. Ohne Reich keine Länder, und kein Baden. Der des Reichs anerkennend, hat es mit uns zu tun. Bei der Neubildung der badischen Regierung hat man sich bei der Wahl des Staatspräsidenten an die Abmachung der Schaffung der Verfassung gehalten. Wenn die anderen Parteien noch brav werden, so muß man sagen was nicht ist, kann noch werden. (Geleitfakt bei der Obersten Volkspartei). Der Ausfall der Wahlen bedeutet eine Anerkennung der Koalitionspolitik. Die Wahlzerfplitterung läßt Sonderinteressen in der Vordergrund, was Niedergang bedeutet. Der hier eine Gesundheit will, muß an den Gedanken herantreten, das Wahlgesetz zu revidieren. Die Koalitionsparteien stellen ihre Weltanschauungsfragen in den Vordergrund, um das Vaterland zu retten. Darin liegt weder bei uns noch bei den Sozialdemokraten eine Verletzung der Grundrechte. So sollte es auch in Zukunft bleiben und Baden führt so gut dabei, daß wir andersorts beneidet werden.

Fortsetzung der politischen Aussprache: Mittwoch früh 9 Uhr.

Badische Politik

Ortsauschüsse für Lichtspielplätze. In einer Verordnung des bad. Ministeriums des Innern zum Vollzug des Lichtspielgesetzes wird folgendes bestimmt: 1. Mit der Ueberwachung der Lichtspielvorführung und der Lichtspielereklame sind die Ortsbehörden beauftragt. Diese haben insbesondere darauf zu achten, daß keine Bildstreifen ohne die erforderliche Zulassung der Vorführung nur in dem Umfang stattfinden, indem sie zugelassen ist, und daß keine unzulässige Reklame erfolgt. 2. In den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern sind bei den Ortspolizeibehörden Ortsauschüsse für Lichtspielplätze zu bilden. Den städtischen Jugendämtern ist ein Vorschlagsrecht bis zu einem Drittel der Gesamtzahl der Ausschussmitglieder einzuräumen. Die Mitglieder der Ortsauschüsse für Lichtspielplätze haben die Ortspolizeibehörden bei der Ueberwachung der Lichtspielvorführung und Lichtspielereklame zu beraten und zu unterstützen. Die Mitglieder der Ortsauschüsse bestehen aus drei bis fünf ehrenamtlichen. Sie werden durch die Ortspolizeibehörde ernannt. 3. In den Städten und Gemeinden des Landes mit weniger als 15 000 Einwohnern können Ortsauschüsse für Lichtspielplätze gebildet werden. Die Ortspolizeibehörden haben die zum Schutze der Jugendlichen erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Soziale Rundschau

Verschlechterung des badischen Arbeitsmarktes Der Arbeitsmarkt hat sich weiterhin etwas verschlechtert, vornehmlich bei den Berufen, die von der Witterung abhängen, aber auch in einigen andern Gruppen. Die Zahl der unterstehenden Erwerbslosen ist von 1921 auf 1947 am Ende der Berichtswochen gestiegen; mehrere Betriebe haben Arbeitszeitverfügungen vorgenommen. — In der Metall- und Maschinenindustrie hat der Bedarf an Formern gegenüber der Vorwoche noch etwas zugenommen. — In der chemischen Industrie sind zwei Eisenfabriken zu Betriebsmaßnahmen geschritten, desgleichen eine größere Fabrik; hingegen konnten in der Kunstseidenfabrikation wichtige Arbeitskräfte untergebracht werden. — Die Nachfrage nach Schneidern im Bekleidungs-gewerbe ist zwar noch erheblich, hat aber in den letzten Wochen etwas nachgelassen. — Im Baugewerbe macht sich der Frost bemerkbar, doch sind Glaser nach wie vor gesucht. — Für tüchtige Kaufmännische Kräfte ist die Lage im allgemeinen günstig, die Nachfrage nach Stenotypistinnen kann nicht restlos befriedigt werden, ebenso dienstliche nach weiblichem Kopferpersonal. — Für Tagelöhner hat sich mit der ungünstigen Witterung der Arbeitsmarkt verschlechtert, ebenso für die Arbeiter im Hafenumschlagbereich. — Betriebsleiter sind in 72 Betrieben in fünf Betrieben; betroffen wurden 72 Männer und 57 Frauen.

Gemeindepolitik

Späht. Die unhaltbaren Preistreiberien bei den letzten Holzversteigerungen veranlaßte den Vorstand der Sozialdem.

Partei in Späht eine Protestversammlung der Jungbäuer der Späht auf den letzten Sonntag einzuberufen, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Versammlung war überaus gut besucht und nahm mit Entrüstung davon Kenntnis, daß bei den letzten Brennholzversteigerungen bis zu 500 M pro Ster geboten und bezahlt wurden. Doch sich diese Preise ein Arbeiter, welcher tagelange von der Hand in den Mund lebt, nicht leisten kann, dürfte mehr als selbstverständlich sein. Die Versammlung beschloß daher, an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, daß mindestens 4 Ster Brennholz zum Anschlag ohne Versteigerung den Bürgern, welche noch kein Gahholz erhalten, überlassen werden.

Pforzheim, 21. Jan. Die Stadt Pforzheim steht vor einem der größten technischen Projekte, die es bisher unternommen hat, nämlich den Ausbau der Enz- und Nagoldwasserkräfte. Das Elektrizitätswerk, das Pforzheim s. Bt. besitzt, ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit und so tritt gebieterisch an die Stadt die Forderung heran, nach neuen Erzeugerquellen sich umzusehen. Das gegenwärtige Projekt umfaßt zunächst eine große Siedeanlage, ein sog. Ausgleichsbecken von 600 000 Kubimeter Inhalt im Nagoldtal zwischen der Unterreichenbader Brücke und der Papierfabrik Weihenstem. Von diesem See aus fließen zwei Stollen die durch einen sog. Fensterstich zusammenhängen, direkt nach dem Kupferhammer bei Pforzheim, wo sie ausmünden und das Hauptwerk erstellt wird, das künftig an Stelle der jetzigen kleineren Werke treten wird. Das Nagoldwasser wird durch Engpässe verstärkt. Die berechneten Jahresleistungen von 10 000 Kilowatt oder 15 000 Pferdekraften. Außerdem wird noch ein Ausgleichsbecken mit einer Durchschnittsleistung von 1000 Kilowatt erstellt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Jan. Die Sitzung wurde um 1 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch Staatssekretär Schulz. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Abg. Wulle (D.M.) beruht auf die große Not Tirols und fordert die Versorgung dieses Landes mit deutscher Kohle. Von der Regierung wird mitgeteilt, daß man bereits nach Tirol mehr Kohlen geliefert habe, als die Verpflichtungen sind. Wegen unserer Leistungen an die Reparationskommission ist aber eine gewisse Vorsicht geboten. — Abg. Dr. Wüde (D.M.) beschwert sich darüber, daß bei der Gründung einer Gesellschaft zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen die Landwirtschaft völlig einflusslos geblieben ist, während die Nationalbank für Deutschland mit 5 Proz. beteiligt sein soll. Die Regierung läßt erklären, daß die Nationalbank sich bereit gefunden habe, eine A.-G. mit 20 Millionen Kapital zur Uebernahme der ehemal. Probantämter zu gründen. Die Landwirtschaft ist beteiligt. Sie hat mit den übrigen Interessenten die Mehrheit.

Reichsschulgesetz

Die Aussprache über das Reichsschulgesetz wird darauf fortgesetzt. Abg. Kunert (N.S.) hält den Entwurf für außerordentlich mangelhaft. Die Eltern seien nicht gehört worden. Nur die Geisteslichen, die Lehrer die Schule an die Kirche aus. Wir werden die Vorlage erschießen bekämpfen. Der Redner beantragt über den ganzen Entwurf zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Weik (Dem.): Das Gesetz führt zu den heftigsten Weltanschauungskämpfen. Man hätte deshalb in einer Zeit wie der heutigen auf seine Einbringung lieber verzichtet sollen. Durch den Entwurf ist die Volkswirtschaft eine ganz andere geworden als früher, denn nicht nur der Religionsunterricht, sondern der gesamte Unterricht wird konfessionell sein. Der Staatssekretär Schulz aber verteidigt sich auf politische Gesichtspunkte. Die Simultanschule lobt man jetzt nur deshalb, weil man um mehr die Gemeinschaftsschule bekämpfen will. Allerdings gefällt mir die Gemeinschaftsschule auch nicht, wie sie in dem Entwurf niedergelegt ist. Der Religionsunterricht hat einen bedeutenden erzieherischen Wert, aber doch nicht er allein. Wir Demokraten unterstützen gerne alle Bestrebungen, dem Willen der Eltern eine Mitwirkung zu ermöglichen.

Staatssekretär Schulz: Die Regierung hat den Entwurf schon im Rat v. B. vorgelegt. Bei diesem Gesetz hat der Politiker allerdings in erster Linie zu sprechen. Er muß aber auch den Schulmann hören. Die Wünsche der äußeren Linken habe ich ebenso gewissenhaft entgegengenommen wie der übrigen Parteien.

Frau Lang-Brannen (V. Sp.) erklärt, daß sie die Vorlage ablehnen müsse, schon weil die Volkswirtschaft unter der Gemeinschaftsschule zurückgehe. Die Gemeinschaftsschule sehe aber der weltlichen Schule zum Verwechseln ähnlich. Das kommende Schulgesetz darf nur ein Rahmengesetz sein, das den Ländern die Möglichkeit gibt, diesen Rahmen nach ihren Bedürfnissen zu erweitern.

Frau Jettin (Komm. Arbeitg.): Was Staatssekretär Schulz gestern gesagt hat, war keine Begründung, sondern eine Entschuldigung des Entwurfs. Dieser Gesetzesentwurf ist keine neue schäpferische Tat, sondern ein Festschlag.

Staatssekretär Schulz erklärt, der Referentenentwurf des Reichsschulgesetzes liegt dem Reichsministerium des Innern bereits seit längerer Zeit vor.

Abg. Hoffmann (Komm.) wendet sich gegen den Staatssekretär Schulz, der an diesem Entwurf zugrunde gehen müsse, nicht als Beamter, wohl aber als Politiker und Schulmann. In der Charlottenburger Hochschule werden noch heute Medaillen mit Bildern Wilhelm I. und Wilhelm II. des „Holländers“ vertrieben, sogar an Ausländer, damit wir uns auch im Ausland blamieren. Kaiserbilder gibt es noch in manchen Volksschulen (Oho-Rufe) Es sei eine traurige Regierung, die selbst erklärt, daß der Entwurf nicht viel wert sei. Der Redner richtet heftige Angriffe gegen die Rechte, die den Abg. Laverenz (D.M.) zu dem Juraß veranlassen: Uns wollen Sie an die Leierne hängen! Abg. Hoffmann fortsetzend: Für Sie ist ein Strich viel zu schade. (Ordnungsruf.) Wenn wir einmal zur Herrschaft gelangen, werden wir Ihnen das Arbeiten beibringen. Das wird Ihre Strafe sein.

Damit schließt die erste Lesung. Die Vorlage geht an den Bildungsausschuß. Schluß der Sitzung 7 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Interpellation Herzt über den Wagenmangel.

Parteiengenossen und Leser des „Volksfreund“
berücksichtigt bei eueren Einkäufen die
Geschäftliche Rundschau!
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,
die euer Presse mit Anzeigen unterstützen!

Förderung des Wohnungsbaues durch die Landesversicherungsanstalten und die ihnen gleichgestellten Ersparisanstalten

Von Gewerkschaftssekretär W. Hof

Bekanntlich sind seit 1918 für Klein- und Mittelwohnungen Baukostenbeihilfen aus öffentlichen Mitteln zur Vorkostung der unrentierlichen Baukosten gewährt worden. Zunächst haben Reich, Länder und Gemeinden diese Beihilfen in den Jahren 1919 und 1920 ohne besondere Bedingung aufgebracht. Im Jahre 1921 hat der Reichstag dann durch das Wohnungs-Wohngesetz vom 26. Juni 1921 eine Bedingung zu schaffen gesucht. Nach diesem Gesetz wird von allen bebauten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die von dem Nutzungswert der Gebäude nach dem Stande vom 1. Juli 1914 berechnet wird. Je 5 vom Hundert des Nutzungswertes sollen den Ländern und je 5 vom Hundert den Gemeinden zufließen. Die Länder und Gemeinden sollten die zu den Baukostenbeihilfen erforderlichen Gelder auf dem Anleihewege beschaffen und die Einnahmen aus der Wohnungsabgabe sollen dann zur Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen dienen.

Den Ländern und Gemeinden ist es aber bisher nicht gelungen, aufgrund des Gesetzes langfristige Anleihen aufzunehmen. Für das Jahr 1922 werden schätzungsweise 5 bis 6 Milliarden des Reiches und auf dem privaten Kapitalmarkt haben für das Jahr 1922 nach dem übereinstimmenden Urteil der beständigsten Sachverständigen ganz ungenügende Aussichten. Aber heute, wo die Finanzierung der Baukosten für das Jahr 1922 unbedingt gesichert werden muß, trat an die Reichsregierung die ernste Frage, zu prüfen, ob der benötigte Betrag von 5 bis 6 Milliarden nicht auf eine andere Art zu beschaffen sei. Das Reichsarbeitsministerium hat daher bei seinen Plänen in ernsthafte Erwägung gezogen, die Wohnungsabgabe noch weiter auszuweiten, und auf diesem Wege nicht nur die zur Verzinsung und Tilgung der im Jahre 1922 notwendig werdenden Mittel aufzubringen, sondern es sollte durch die Wohnungsabgabe auch das gesamte Kapital von 5 bis 6 Milliarden Mark aufgebracht werden. Das würde eine Erhöhung um mindestens 90 bis 100 Prozent der Friedensmieten bedeuten.

Das Reichsarbeitsministerium schien allen Ernstes diesen leistungsfähigen Plan der Ausweitung der Mieten zur Verwirklichung bringen zu wollen, wenn demselben unter den heutigen Verhältnissen nicht schwere politische Konflikte entgegenstünden. In einer Begründung zu diesem Vorschlag wird u. a. gesagt, daß derselbe aus wirtschaftlichen wie aus sozialpolitischen Gründen der einzig richtige sei, denn derselbe vermöge einmal die Anleihen für Ausgaben, von denen noch nicht feststehe, inwieweit dieselben jemals Deckung finden werden. Andererseits werde der Vorschlag zu einer erheblichen Erhöhung der Mieten in den alten Wohnungen und so zu einem Ausgleich der Aufwendungen für die Wohnungen in alten und neuen Häusern führen. Dieser Vorschlag soll auch die Zustimmung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats und der meisten Sachverständigen auf dem Gebiete des Wohnungswesens gefunden haben.

Aus den oben dargelegten politischen Bedenken hat man jedoch davon abgesehen, dem Reichstag ein solches Gesetz vorzulegen, und versucht, auf dem Wege der Anleihe das notwendige Kapital aufzubringen, um die nötigen Zuschüsse für das Jahr 1922 leisten zu können. Wenn dies gelingt, würde zur Verzinsung und Tilgung von 5 bis 6 Milliarden Mark die Wohnungsabgabe schätzungsweise auf 30 bis 40 Proz. der Friedensmiete erhöht werden müssen.

In dieser ärmlichen Situation erinnerte sich das Reichsarbeitsministerium daran, daß ja der Reichstag die Beiträge für die Invaliden- und Altersrentenversicherung ganz erheblich erhöhen mußte und diese Organisationen bedeutende Leberchüsse haben müßten. Nach einer Schätzung sollen die Mehreinnahmen insgesamt 8 Milliarden, die Mehrausgaben für laufende Versicherungsleistungen nur 2 Milliarden betragen. Infolgedessen würden die Rücklagen etwa 5 bis 6 Milliarden ausmachen. Es lag nun nahe, die Versicherungs- und Ersparisanstalten sowie die Landesversicherungsanstalt zu betrauen, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß diese Leberchüsse für das Jahr 1922 zur Finanzierung des Wohnungsbaues dienlich zu machen, indem die verfügbaren Summen den Ländern gegen angemessene Verzinsung und harter Tilgung zugeführt und von diesen an die Gemeinden und Baugenossenschaften zu Baukostenbeihilfen ab-

gegeben werden. Die Verzinsung und Tilgung könnte aus der in Aussicht genommenen Erhöhung der Wohnungsabgabe erfolgen. Reichlich ist dies ohne weiteres möglich, da die Anlage an Leberchüssen in Ländern und Gemeinden sowie an Baugenossenschaften mit staatlicher Haftung nach der A.V.O. zugelassen ist.

Im Hiesigen geschäftlichen Gekleben zur Verwirklichung zu bringen, fand am Mittwoch, 19. Januar, in Hannover eine von fast allen Versicherungs- und Ersparisanstalten stark besuchte Versammlung statt, an welcher auch Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, des Reichsversicherungsamtes sowie der Provinz Hannover teilnahmen.

Nach einem von Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Schröder-Cassel erstatteten eingehenden Referat über die bisher mit dem Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen und dem Hinweis auf die hohen sozialen Aufgaben, welche die Landesversicherungsanstalten durch die Bereitstellung der Mittel zum Wohnungsbau zur Durchführung derselben, machte der Bundesrat des Reiches die Landesversicherungsanstalten, Herr Görling-Cassel, darauf aufmerksam, daß nach seinen Berechnungen nach Abzug aller erhöhten Ausgaben keine 5 bis 6 Milliarden, sondern 3,5 bis 4 Milliarden Mark zu dem gewünschten Zwecke zur Verfügung blieben.

Von Versicherungssseite wurde darauf hingewiesen, daß die Mieten zeitweilig erhöht werden müßten, da das Gesetz vom Dezember 1921 nur eine Vollstreckungsmaßnahme darstelle. Die Versicherer wollten keine Anleihen, sondern gesetzlich festgelegte ausreichende Unterpfänder. Ferner sollte man endlich mit dem Kapitalbedarfsverfahren Schritt machen und zum Anlageverfahren übergehen. Da aber diese Forderungen jetzt keine Aussicht auf Erfolg bieten, würden die Vertreter der Versicherer zur Umänderung der großen sozialen Sorge, der Wohnungsnot, dem Antrag auf Verwendung von 80 Proz. der Leberchüsse zu Baukostenbeihilfen einstimmig zustimmen.

Eine Entschließung, wonach sich die Versicherungs- und Ersparisanstalten bereit erklären, 80 Proz. der Netto-Einnahmen vom 1. April 1922 bis 1. März 1923 den Ländern zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung durch unrentierliche Baukostenbeihilfen zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig angenommen.

Durch diesen Beschluß werden die Landesversicherungsanstalten auf dem seit langem besprochenen Wege, eine der wichtigsten sozialen Aufgaben, den Wohnungsbau tatkräftig zu unterstützen, weiter fortgeschritten. Es werden sicher durch den Einfluß der Landesversicherungsanstalten die überhöhten Mieten der neu zu erstellenden Wohnungen den Verleideren der Landesversicherungsanstalt sparte kommen. Es wird aber auch die Baukostenbeihilfe und der Erwerbslosentwurf vorgebeugt.

Wenn nun auch das Vorgehen der Landesversicherungsanstalten in jeder Hinsicht zu begrüßen ist, so wird doch jeder Mieter diesen Artikel mit gemischten Gefühlen lesen. Denn letzten Endes ist es ja wieder der Arbeiter, dem alle Lasten aufgebürdet werden. Erstens muß er die hohen Beiträge bezahlen, und zweitens werden ihm zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe 30 bis 40 Proz. der Friedensmiete als Wohnungsabgabe abverlangt. Nun frage ich mich: Wo soll denn dies alles noch hin führen? Ist denn der Arbeiter und Angestellte noch zu der Frage, diese fortwährenden erzwungen neuen Lasten zu tragen? Ich sage: Nein! Das alte Sprichwort kann recht bald zur Wirklichkeit werden: „Der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht.“ Auf der einen Seite fortgesetzte schwere Belastung der schon arbeitenden Bevölkerung, auf der anderen Seite kein Verständnis für die Not und das Elend des Volkes, dieses vieler Arbeiter der Arbeitsnehmer gegenüber. Solche Ausprägung der Selbstverleugung in Württemberg und Württemberg ein paar Papiermark mehr Lohn in der Woche. Das Schauspiel sollte sich heute in der Öffentlichkeit nicht mehr abspielen. Alle Industrien soll beschäftigt, Geld wird verdient, nur dem Arbeiter und seiner Familie will man nicht geben, was er zum Leben braucht.

Ob sich diese Haltung der Unternehmer nicht einmal bitter rächen wird?

zweiten etwa 1000 Stück. Wie man sich noch erinnern wird, haben die Panzernotenfälscher ihre Fälschereien in verschiedenen Orten des Schwarzwaldes betrieben. Die Hauptangeflagten, die Gebr. August und Emil Simon und der Koch Ragner wurden zu vier Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, während die übrigen, darunter auch die Ehefrau eines der Angeklagten längere Gefängnisstrafen erhielten.

Kleine Nachrichten

Frankfurt a. M. Der Raubmord an dem hiesigen Bahnarzt Wötner hat seine Aufklärung gefunden. Als Täter kommen der 18jährige Reisende Albert Balkentatz aus Eberfeld und der 20jährige Balkentatz Orth aus Unter-Flörsheim in Betracht. Beide hatten am 12. Januar unter dem Vorwand, Gold zu kaufen, bei Wötner Eingang gefunden und das Opfer dann in grauenvoller Weise ermordet. Die Täter reisten nach Würzburg. Gelegentlich einer Hotelbesichtigung fand man bei ihnen die geraubten Instrumente. Man entließ sie aber, da sich kein Anhaltspunkt zu dem Diebstahl ergab. Die Mörder sind noch flüchtig.

Bamberg. Das Schöffengericht beurteilte eine Bauerfrau, die auf dem Wochenmarke eine etwa zehn Pfund schwere Wanne zu 180 Mark verkaufen wollte, zu 3000 Mark Geldstrafe. Außerdem hat die Frau noch die Gerichtsosten in Höhe von 1000 Mark zu tragen.

Halle. In Jecha bei Sondershausen legte der 80jährige Landwirt Zeigmann Feuer an sein Gehöft, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Dem Brande ist die Scheune mit sämtlichen Vorräten zum Opfer gefallen. Der Brandstifter kam in den Flammen um.

Berlin. Eine Fälschungsbande, die in falschen Fünfmärkern ungefähr 8 Millionen Mark in Umlauf gebracht hatte, hatte sich gestern vor der Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu verantworten. Der Hauptangeklagte wurde zu 6 Jahren Zuchthaus, seine Helfershelfer zu 1 bis 4 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Ulm. Schwere Autounfälle. Als einige Anaben im nahen bayerischen Leipheim, die ihre Schritten an einem Gefährten angehängt hatten, diese losbanden und sich auf die andere Straßenseite bewegen wollten, kam ein von einem belgischen Interoffizier geleitetes Auto, in dem sich eine internationalisierte Kommission befand und fuhr in die Anabenschar hinein. Ein Schütten mit drei Anaben kam unter das Auto, das sofort hielt und die Verunglückten ins Spital nach Leipheim brachte. Drei dem ärztliche Hilfe sofort alle verstarb, starben zwei der Anaben. Zwei weitere Anaben wurden leicht verletzt. Der belgische Oberst und der britische Major meldeten sich bei der Polizei, ließen die Gendarmen mit ihrem Auto aus Günsburg abholen, sprachen ihr Bedauern aus, hinterließen eine Geldgabe von 2000 Mark und fuhrten dann nach Stuttgart weiter.

Kleine badische Chronik

Wiesbaden 5. Bruchsal, 24. Jan. In der vergangenen Woche wurde den hiesigen Tabakplantagen der Erlös ihrer verkauften Ware mit über 500 000 Mark ausbezahlt. Der Höchstbetrag dabei ein Pfanner erhielt, betrug 25 000 Mark.

Lahr, 24. Jan. Am Sonntag vormittag wurde der am Schönenberg stehende Pfälzerbauhof, der von den Gebrüdern Bögel & Co. bewohnt ist, von Unbekannten heimgesucht. Einer von ihnen verlangte unter Vorhalten eines Revolvers Geld. Auf die Hilfsrufe der dortigen Polizei kam ein Mann, der sich als Schlichter entpuppte und sich mit seinem Kompaß, der Schmiere gestanden hatte, unter Vorwand eines Geldbetrages von 150 Mark.

Ottensheim, 24. Jan. In turbulenten Szenen kam es bei der hier abgehaltenen Brennholzversteigerung des Forstamts Jochenheim. In den mit Holzliebhabern wohlgeproportierten Rathausaal drangen mit Gewalt immer mehr Steigerungs-lustige ein, so daß eine allgemeine Panik entstand. In eine ordnungsgemäße Versteigerung war bei dem Andrang nicht mehr zu denken, doch beluugten sich schließlich die Leute, welche in dem Saal keinen Platz mehr fanden, vor dem Rathaus aufzustellen zu nehmen, von dessen Balkon der beauftragte Forstamtsbeamte die Gebote entgegennahm. Auch jetzt, im Zeitalter der Geldentwertung grenzen die abotenen Preise an das Wahnsinnige, wurden doch für ein Klotter (4 Stck) hiesigen Scheitholz 2400 Mark, mithin 600 Mark für den Stck, bezahlt. Um das Unfassliche solcher Gebote zu illustrieren, gab dann am Abend des gleichen Tages ein ortsbekannter Waldbesitzer bekannt, daß er doch gleiche Holz zum Preise von 1450 Mark als Klotter liefere. Ist denn das neue Deutschland ein Teufelsland geworden? fragt die „Kraiser Zeitung“ nicht ganz im Unrecht.

Willingen, 24. Jan. Brand. In der Kaminfabrik von Huber & Röhle hat ein Brand bedeutenden Gebäudeschaden angerichtet. Auf einem Brennofen hatte man Holz zum Trocknen aufgehängt, welches sich entzündete. Die Feuerwehre konnte eine Ausbreitung des Brandes erfolgreich bekämpfen, die Löstarbeiten selbst gestalteten sich aber äußerst schwierig. So mußte in die äußere Mauer und in die Decke je ein Loch geschlagen werden, um mit den Schlauchleitungen an den Brandherd heranzukommen. Huber, der Kaminfabrikant ist und nur noch einen Arm besitzt, erlitt bei dem Versuch, das Feuer zu löschen, nicht unerhebliche Verwundungen.

Volksstetten (Ami Stodach), 24. Jan. Großes Schadenfeuer. Am Samstag entstand in später Abendstunde im Schuppen der Baumwollspinnerei und Weberei ein großes Schadenfeuer. Nach einem Berichte des Ehegatten Erzhärders in Engen soll sich der Schaden auf 2 Millionen Mark belaufen, nach einem anderen Bericht soll er doppelt so hoch sein. Da für die Entstehung des Brandes keine Anhaltspunkte vorliegen, vermutet man Brandstiftung. Der ganze Schuppen wurde eingeebnet, auch der angrenzende Kohlenstopp wurde vom Feuer ergriffen. Neben der Feuerwehre beteiligten sich die Arbeiter selbst und das Betriebspersonal in heldenmütiger Weise an der Bekämpfung des Brandes. Mit Todesverachtung wurden die brennenden Baumwollballen aus dem Schuppen herausgeschleppt und so viel man hörte, konnte ein guter Teil der Baumwolle gerettet werden, ebenso ein großer Teil der Kohlenmörser. Der Rest neben dem Brandherd befindliche Gasometer konnte nicht mehr gerettet werden.

Reinstadt, 24. Jan. Tödlicher Unfall. Auf dem Wege zwischen der Alde- und Friedrichstraße wurde heute morgen der zuletzt in der „Krone“ bedient gewesene Peter Graf tot aufgefunden. Man nimmt an, daß er auf einer der Treppen, die die Verbindung mit der höher gelegenen Straße herstellten, ausrutschte und mit voller Wucht aufschlag, wobei ihm der Hinterkopf gerietmürr wurde.

Verhaftete Raubmörder

Heidelberg, 24. Jan. Die beiden Täter, die in der Nähe von Steinfurt die Zahnwurzfamilie Wanner überfielen und durch Schüsse den Zahnarzt Wanner töteten und seinen Sohn verletzten, sind hier verhaftet worden. Die Täter heißen Johann Wagner und Eugen Haffis und stammen aus Göttingen. Vor dem Verding hatten die beiden in der Heidelberger Gasse übernachtet.

Aus der Partei

Stillingen bei Durlach. Der Bildungsausschuß der Sozialistischen Partei veranstaltete am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Rathausaal einen Vortrag, Stadtratsmitglied Genosse Wäringler sprach über „Steuerfragen“ sprechen. In diesem zeitgemäßen, heute für jedermann sehr wichtigen Thema sind Parteigenossen und -Genossinnen, sowie alle Volksteuereinsteiger eingeladen.

Gerichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Ein großer Fall - prozess

Karlsruhe, 24. Jan. Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern und heute, wie wir schon kurz berichteten, ein großer Ausführcinprozeß abgepielt. Wegen Urkundenfälschung und Betrugs waren die beiden Kaufleute Friedrich Wehr, W e b e r aus Karlsruhe und Bernhard G e h r y aus Freiburg angeklagt. Es wurde ihnen zur Last gelegt, daß sie eine größere Anzahl von Frachtbriefen zur Ausfuhr gefälscht haben sollten und mit dem Verkauf dieser Frachtbriefe erhebliche Summen erlösten. Bei dem Geschäft trat einer der Angeklagten als „höherer Regierungsbeamter“ auf, um die Käufer der Frachtbriefe sicher zu machen. Die meisten Frachtbriefe sollten dazu dienen, größere Mengen Tabak aus der Schweiz einführen zu können. In einigen Fällen stellt es sich aber, bevor es zur Einfuhr kam, heraus, daß die Frachtbriefe gefälscht waren. Die Angeklagten betrieben die Geschäft in großartiger Weise, unternahmen mehrere Reisen und arbeiteten auch mit gefälschten Telegrammen. Für die Frachtbriefe wurden in einigen Fällen 2000 und 50 000 Mark bezahlt. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht gab kein allzu übersichtliches Bild von dem Treiben der Angeklagten, da sich die Zeugnisaussagen zum Teil widersprachen und einige Zeugen nicht bereitigt werden konnten, weil sie mit den Angeklagten in zu naher Verbindung standen.

In später Abendstunde wurde nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Wie der Staatsanwalt ausführte, ist durch die Straftaten der Angeklagten den Betrogenen ein Schaden von 125 000 Mark entstanden. Dem Angeklagten Wehr bemiltigt den Staatsanwalt mildernde Umstände zu, während er diese dem Angeklagten Wehr verweigert. Die Geschworenen sprachen dem Angeklagten Wehr unter Verjagung mildernder Umstände schuldig, während der Angeklagte Gehry von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen wurde. Das Schwurgericht erkannte gegen Wehr auf 3 Jahre und 2 Monate Zuchthaus, 20 000 Mark Geldstrafe oder 200 Tage Haft und 5 Jahre Ehrverlust. Gehry wurde freigesprochen. Die Kosten in Sache Gehry fallen der Staatskasse zur Last.

Eine kleine Anfrage an Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann

In dem Schwurgerichtsprozeß der Kaufleute Wehr aus Karlsruhe und Gehry aus Freiburg hat Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann von hier die Anklage vertreten. In dem Pressebericht über die Verhandlung, der in den Blättern zu lesen ist, findet sich folgender merkwürdige Passus:

Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann stellte zur Belehrung der Geschworenen fest, daß dem Angeklagten Wehr zur Last gelegt ist, fünf Frachtbriefe zur Ausfuhr gefälscht zu haben, und vier gefälschte Frachtbriefe durch den Angeklagten G e h r y und fünf durch einen Helfer veräußert zu haben. In ganzen erlöste er aus diesen Geschäften 161 000 Mark. In der Vorunter-suchung gab Wehr über die Entstehung der Frachtbriefe an, daß er sie von Gehry erhalten habe. Gehry erhielt diese Frachtbriefe durch ein Versehen eines von Gehry angetrauten Stellvertreter, der ja mäßig gewesen, da Gehry mit den Ministern Remmele und Müdert auf Du und Du stehe. Wehr bestreitet, eine solche Behauptung aufgestellt zu haben.

Es kann nicht angenommen werden, daß der Bericht auf Wahrheit beruht. Man müßte sonst fragen, was die Geschworenen der Oberstaatsanwalt mit seinen Auskünften. Wollte er zeigen, dem Gehry aus Freiburg sei es leicht möglich gewesen, Frachtbriefe mit Ausfuhrerlaubnis zu erhalten, denn sein Duzverhältnis mit Remmele und Müdert habe ihm dies ermöglicht. So ist zunächst festzustellen, daß Herr Dr. Rudmann die Aussagen Remmele und Müdert über diese angeblichen Angaben Gehrys nicht gehört hat. In Wirklichkeit liegt der Fall Gehry o: Gehry war im Frühjahr 1919 einige Wochen Mitglied des Landesparlamentes in Durlach, wurde jedoch bald von seinen Kameraden aus dieser Stelle entfernt. Er hat lediglich an einigen Sitzungen der Landeszentrale der Arbeiter und mehreren, von der vorläufigen Volksregierung mit den Soldatenräten geleiteten Verhandlungen teilgenommen. Gehry war übrigens vor der Revolution den Genossen Remmele und Müdert völlig unbekannt; sie wissen keine Einzelheiten von ihm, was Gehry später getan und welches Leben er geführt hat. Mit den von Wehr und Gehry behaupteten Ausführcinprozeß hat kein badisches Ministerium etwas zu tun, was übrigens Wehr auch in der Verhandlung ausdrücklich und bestimmt betonte.

Es müßte also auf das entscheidende gegen die Ankerungen des Oberstaatsanwalts Dr. Rudmann, wenn sie gefallen wären, protestiert werden.

Panzernotenfälscher. Vor dem Schwurgericht in Konstantz standen die Donaueschinger Panzernotenfälscher, der Kunstmaler und Volograph August Simon von Donaueschingen mit vier Genossen. Die Angeklagten haben bei der ersten Panzernotenfälschung 1 800 Stück 50 Mark-Scheine angefertigt und bei der

Förderung des Wohnungsbaues

Das städtische Nachrichtenamt schreibt uns: Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß es möglich und zweckmäßig ist, den Wohnungsbau auf viel breiterer Grundlage als bisher zu fördern und die wünschenswertesten und mehr zur Lebenserneuerung des Mißstandes wie auch zur Befreiung der Baukosten aus eigenen Mitteln heranzuziehen. Es hat sich weiterhin auch als notwendig erwiesen, im beschränkten Ausmaß noch nicht bauseitige Gelände durch Straßen und Kanäle der Bebauung neu zu erschließen. Von den mehr als 80 Kilometer bauseitigen Fronten im Stadtgebiet eignen sich mehr als 13 Kilometer für die Bebauung mit Klein- und Mittelwohnungen in Stadtvierteln und 7 Kilometer für die Bebauung in zwei- und dreifamilienhäusern offener und halboffener Bauweise, die Beschränkung auf diese Bauformen wäre aber nach allen Erfahrungen gleichbedeutend mit der Behinderung einer großen Anzahl privater und genossenschaftlicher Bauvorhaben. Es wurden dadurch gerade diejenigen Bauweisen abgelehnt, welche geeignet sind, aus eigenen Mitteln namhafte Teile der Lebenserhaltungskosten selbst zu decken. Insbesondere hat die Stadt das größte Interesse daran, daß das in den fertigen Straßen und Kanälen angelegte Kapital genutzt wird, bevor große Summen für neue Straßen und Kanäle verbraucht werden. Der Plan an fertigen Straßen ist deshalb auch in Zukunft stärker zu fördern als derjenige auf neu anzuschließendem Gelände. Die Maßnahmen der Stadtverwaltung dürfen aber den Bau auf neuem Gelände nicht ausschließen. Dem Bauwillen sind, wo und in welcher Form er sich auch immer zeigt, die Wege zu ebnen unter bestmöglicher Nutzung aller auf den Wohnungsbau gerichteten Kräfte der Stadt.

In weitem Ausmaß der bereits im Jahre 1921 mit gutem Erfolg geübten Förderung des privaten Wohnungsbauwesens stellt deshalb der Stadtrat Baubereitungen für Private unter nachfolgenden Bedingungen in Aussicht:

Das Darlehen wird in Hundertsätzen der Baukostenberechnung berechnet. Es ermäßigt sich, im Falle der endgültigen Baukosten niedriger sind als diejenigen, welche der Darlehensberechnung zu Grunde gelegt worden sind; im Falle höherer Baukosten besteht es bei der errechneten festen Summe als Höchstbetrag. Die der Darlehensberechnung zu Grunde zu legenden Baukosten werden in Einheitsfällen für den Kubikmeter umbauten Raumes angedreht und ihrer Höhe nach variieren, aber für jedes einzelne Grundstück der Bauweise und unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher einwandfreier Verwendung ausreichend bemessen. Sie betragen im Sommer 1921 etwa 180 M für den Kubikmeter umbauten Raumes (oberhalb Kellerfußboden bis Oberkante des ausgebauten Vollgeschosses — wenn der Dachstuhl ausgebaut ist, der ausgebauten Teil des Dachstuhles mit eingerechnet —); sie sind heute entsprechend den höheren Preisen und können wesentlich höher und werden in Zeiten veränderlicher Preise für jeden Bau an einem bestimmten Stichtage (Tag des Baubeginns) besonders festgelegt. Als „rentierlicher Wert“ wird allgemein ein Betrag von 20 M für den Kubikmeter umbauten Raumes angenommen. Für das Darlehen kommen jeweils nur bis zu 400 Abm. umbauten Raumes (in besonders gelagerten Fällen 500 Abm.) für jede Wohnung in Betracht, darüber hinausgehender Wohnraum bleibt ohne Rücksicht.

Das Darlehen beträgt hiernach im Falle des Baues an bauseitigen Fronten (Nichtanspruchnahme der Stadt für Geländeaufschließung) bis 100 Prozent der Lebenserhaltung, d. h. nach den Preisen des Sommers 1921 bis zu 400 x (180 - 20) = 64 000 M (in besonderen Fällen 800 x (180 - 20) = 80 000 M), für jede Wohnung, heute den höheren Werten und Materialpreisen entsprechend mehr. Der Bauherr hat somit vorher für den „rentierlichen Wert“ (400 x 20 = 8 000 M bzw. 800 x 20 = 16 000 M) nur noch für das Baugrundstück und dessen Aufschließung selbst aufzukommen. Im Falle höherer, die Annahme der Darlehensberechnung übersteigender Baukosten hat er den Mehraufwand allerdings selbst zu tragen, ein solcher Mehraufwand zählt aber, ebenso wie die Grundstückskosten und der rentierliche Wert zur „anrechenbaren Leistung“ des Bauherrn und wird wie diese aus der Miete sowie aus entstehenden Mehrwerten in erster Linie gedeckt.

Soll der Bau auf Gelände erstellt werden, das noch nicht bauseitig erschlossen ist, so beträgt das Baudarlehen nur 75 Prozent der Lebenserhaltung, d. h. nach den Preisen des Sommers 1921 48 000 M bzw. 60 000 M; außerdem sind vom Bauherrn noch zu tragen die Friedenschließungskosten vom Baugelände (unter günstigen Verhältnissen etwa 5 M für den Quadratmeter) und 1/4 der Lebenserhaltung der Geländeaufschließung, d. h. heute unter günstigen Verhältnissen etwa 10 M für den Quadratmeter). Im Falle der Anspruchnahme von mehr als 800 (in besonderen Fällen 400) Quadratmeter Baugelände für eine Wohnung sind für die Werksfläche auch noch die restlichen 1/4 der Lebenserhaltung der Aufschließung vom Bauherrn allein zu tragen.

Der genossenschaftliche Wohnungsbau soll in Abänderung des bisherigen Beschlußverfahrens in derselben Weise wie der private Wohnungsbau durch feste Baubereitungen unterstützt werden. Es werden in Aussicht gestellt im Falle des Baues an bauseitigen Fronten 100 Prozent des Lebenserhaltungsbetrages, im Falle des Baues auf noch aufzuschließendem Baugelände

80 Prozent unter Berücksichtigung der Genossenschaft zu den vollen Friedenschließungskosten und zu einem Zehntel der Lebenserhaltung.

In besonderen Fällen und unter der Bedingung des Baues an bauseitigen Fronten kann den Genossenschaften auch eine Förderung nach dem im Jahre 1920 und 1921 geübten Verfahren der Trägung des fogen. Ertragswertes durch die Genossenschaften (mit 7 1/2 Prozent) kapitalisierte Bruttomiete) und der Lebenserhaltung des vollen aus der Abrechnung sich ergebenden Restes der Baukosten durch die Stadt zugesichert werden. In diesem Falle sind die Genossenschaften, wie bisher, in der Preisbildung und in der Vergebung der Arbeiten dem Einfluß der Wohnungskommission unterworfen, während sie im Falle eines festen Aufwandes unter Lebenserhaltung des Restes durch sie selbst genau wie die Privaten vollständige Bewegungsfreiheit genießen.

In all den Fällen des privaten wie auch des genossenschaftlichen Wohnungsbaues, in denen als Inhaber der Wohnung ein Beamter oder Bediensteter des Reiches und des Landes oder auch Angestellte oder Arbeiter der Industrie und des Handels in Frage kommen, ist die Gewährung des Baudarlehens abhängig von der Stellung des Bauherrn. Es wird dabei zugestanden, daß nicht unter allen Umständen die ganze Summe des Lebenserhaltungsbetrages im Baudarlehen eingeschlossen sein muß, es darf vielmehr ein Teil davon (bis zu 50 Prozent) zur Auffüllung des Baudarlehens auf die volle Höhe des Lebenserhaltungsbetrages in Anspruch genommen werden. Der Stadtrat ist berechtigt, auch den Bau von Werkwohnungen feinerer Art zu unterstützen, es bedarf hierzu allerdings noch der Abänderung entgegenstehender Bestimmungen des Wohnbaugesetzes.

Die Gewährung der Baudarlehen sowohl für die Genossenschaften wie für die Privaten wird an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die in der Hauptsache durch Reichs- und Landesbestimmungen vorgegeben sind, und die den Sinn haben, daß nach Abdeckung der anrechenbaren Leistung des Bauherrn das Baudarlehen aus den etwa sich bildenden Mehrwerten zurückbezahlt werden soll, unter Ausschluß spekulativer Gewinne auf dessen Kosten. Diese Bedingungen sind im wesentlichen in dem früher vom Bürgerausschuß genehmigten Vertragsmuster enthalten; neue Vertragsmuster, die noch einige Vereinfachungen und Erleichterungen bringen sollen, werden demnächst vom Bürgerausschuß zu genehmigen sein.

Die wesentliche Änderung gegen früher besteht in der Trägung eines gewissen Risikos auch durch die Genossenschaften. Die Genossenschaften sind hierzu, auch ohne besonders Kapitalkraftig zu sein, in der Lage, da ihnen in weitestgehendem Maße vermögensmäßige Befreiung von der Grundsteuer des Staates und der Gemeinde auf die Dauer von 10 Jahren, Befreiung von der Wohnsteuer) eine nicht unbeträchtliche Miete zur Verfügung steht.

Auch die privaten Wohnungsbauvorhaben sind von der Wohnabgabe befreit. Steuerermäßigungen für solche private Wohnungsbauvorhaben, die ohne Aufschub erstellt werden, oder für Wohnungsbauvorhaben zum Bau genossenschaftlicher Wohnungen, bieten weitere Möglichkeiten, zum Wohnungsbau anzuregen oder Gelder für ihn flüssig zu machen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 25. Januar.

Geschichtskalender

25. Januar. 1871 Wilhelm Meißing, 1. u. 2. Kommandant in Reunort. — 1870 Der Reichstag bewirkt die Verleserung des Sozialistengesetzes. — 1907 Wahlen zum Reichstag (Stuttentwahlen).

Karlsruher Parteinachrichten

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Heute abend 7 Uhr findet im Büro des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Altdammstraße 24, eine Sitzung des Vorstandes und des Spiel- und Ausschusses statt. Auch die Kassierer werden ersucht, regelmäßig zu erscheinen.

Der Rückgang der Schulförderzahl

macht sich Diers 1922 zum erstenmal besonders fühlbar. Nach einer Veröffentlichung in „Wirtschaft und Statistik“ waren Diers 1920 und 1921 in den deutschen Schulen 1 317 000 und 1 235 000 Kinder eingeschult. Von Diers 1922 ab fällt die Zahl auf 809 000, auf 721 000 Diers 1923, auf 654 000 Diers 1924 und auf 700 000 Diers 1925. Für Diers 1926 wird mit 1 318 000 und für 1927 mit 1 200 000 Schulförderern gerechnet. Ob diese Zahlen, die nach den Geburtenzahlen und unter Berücksichtigung der Verteilung des Reichsgebietes errechnet worden sind, bis ins einzelne hinein stimmen, mag dahingestellt bleiben, die Entwicklung geben sie sicher richtig wieder. Der Abfall der Schulförderzahl ist von Diers 1922 bis 1925 am fühlbarsten, von da ab fehlt der Anstieg wieder ein. Ob freilich das Ansteigen der Zahlen für 1926

und 1927 bereits die Rückkehr zur alten Höhe bedeuten wird, das läßt sich heute weder behaupten noch verneinen. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, die erfahrungsgemäß die Kinderzahl im ganzen herabdrückt, die der starke Frauenüberschuß — er wird für das Jahr 1919 für die 20-40jährigen Frauen mit 209 000 angegeben — beide Tatsachen lassen vermuten, daß nach 1927 mit einer verminderten Schülerzahl zu rechnen sein wird.

Generalversammlung des Vereins Arbeiterjugend Karlsruhe

Da das Geschäftsjahr der Arbeiter-Jugendvereine nach dem Beschluß des Reichsjugendtages mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, nachdem es bisher von April zu April gelaufen, erstreckte sich der Geschäfts- und Kassenbericht diesmal nur auf 1/2 Jahr. Die Karlsruher Arbeiter-Jugend kann wieder auf ein Jahr voller Erfolge und guter Entwicklung zurückblicken. Ueber eine große Anzahl Veranstaltungen belehrender, unterhaltender und geselliger Art konnte der Vorjährige Jugendgen. Friedrich Gramlich in der am Donnerstag stattgefundenen Generalversammlung berichten. In Einzelvorträgen, in künstlerischen Veranstaltungen, in Führungen und Theaterbesuchen fanden sich die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen, um sich weiterzubilden, um die Geselligkeit und Kameradschaft zu pflegen, um jung und froh zu sein. Die jeweilige ständige Besucherzahl der einzelnen Abende reichte nahezu an die Zahl 100 heran, die früheren Veranstaltungen, Schulentslassungsfeier, Weihnachtsgesänge, Kautenabend waren jeweils von mehreren Hundert Personen besucht. Die Zahlen, so erfreulich sie an sich sind, stehen natürlich noch keineswegs im richtigen Verhältnis zur Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder, der Zahl der Gewerkschaften und der Arbeiterjugend überhaupt. Noch hunderte, ja tausende, stehen abseits, betätigen sich in bürgerlichen Jugendvereinen, lassen sich dort von Gegnern der eigenen Eltern erziehen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiter-Jugend wird es nun sein, die abseits stehenden jungen Arbeitsfreunde und -freundinnen zu gewinnen und die Eltern auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Der Mitgliederstand ist zwar, wie aus dem Geschäftsbericht des Jugendgen. Gramlich hervorgeht, in erfreulichem Wachsen begriffen; die Entwicklung dürfte aber bei weitem rascher vorwärts gehen.

Den Kassenbericht gab Jugendgen. Bürker. Auch hier ergab sich Ordnung und gute Kassenführung. Finanzsichtlich ist die Arbeiter-Jugend nicht schlecht da. Dem Kassier wurde für seine geduldige Kassenführung einhimmlich Entlohnung erteilt. — Die Aussprache über die beiden Berichte war sehr kurz. Die Neuwahl des Vorstandes ergab verschiedene Änderungen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Jugendgen. Friedrich Gramlich wiedergewählt, als 2. Vorsitzender die Jugendgen. Hedwig Bremser, zum Schriftführer Hans Schmidt, Kassier Karl Bürker, Kassier Erich Wernert, Wilh. Karcher, Martha Kadner und Maria Rönnebacher; Bibliothekar Karl Binkler und Elsa Hand; Spielausschuß: Turek, Wetzler, Emil und Günter Wernert, Hedwig Bremser und Maria Kadner. Bericht der Partei ist Gen. Redakteur G. Winter.

Des weiteren beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Beitragssteigerung. Die Erhöhung ist bei den gesteigerten Unkosten unumgänglich nötig; es erhob sich auch dagegen kein Widerspruch, nur bezüglich der Höhe gingen die Meinungen auseinander. Es wurde schließlich mit großer Mehrheit beschlossen, den Beitrag auf 1,50 M monatlich festzusetzen, wofür allerdings der vorläufige Monatsbeitrag der Arbeiter-Jugend gelindert wird, die allein schon über eine Mark kostet. Ein großer Teil der Mitglieder erklärte sich für 2 M. — Der erkrankte Sachse und schöne Verlauf der Generalversammlung bildete einen reichhaltigen Auftakt in das neue Vereinsjahr. Der Jugend die Zukunft, unter die Welt. Dieses Leitwort, mit dem der Vorjährige die Generalversammlung schloß, wird der Arbeiter-Jugend auch im Jahre 1922 voranleuchten und ihre neue Erfolge bringen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgaben. Willi Rofor von hier, Hauptlehrer in Hambrücken, mit Lina Weinstorfer von hier. Arthur Gohrler von Mannheim-Heidenheim, Bankbeamter hier, mit Anna Freiburger von hier. Otto Oswald von Stegmühle, Kaler hier, mit Marie Müller Witwe von Mühlbach. Josef Rosbacher von Bierbach, Metzger hier, mit Lucie Roggind von Namitzsch. Eduard Rehm von Gernsbach, Fahrradhandl. hier, mit Franziska Krauß, geb. Ritterer, von hier. Franz Müller von Appenweter, Rangier. Aufseher hier, mit Gertrud Kirchner von Wühl.

Todesfälle. Julius, alt 9 Monate 28 Tage, R. Hof. Dofener, Wahnorb. Werner, alt 7 Monate 20 Tage, R. Guhl. Mary, Dentist. Luise Schmidt, Wäherin, ledig, alt 25 Jahre. Emil Barth, Eisenbahningenieur, Chemann, alt 56 Jahre. Anna Kirck, alt 8 Jahre, Ehefrau von Karl Kirck, Eisenb.-Oberf. Wilh. Gariner, Konditormeister, Chemann, alt 88 Jahre. Marie Wieland, alt 69 Jahre, Witwe von Wilh. Wieland, Konditormeister. Christine Leuch, alt 77 Jahre, Witwe von Jakob Leuch, Steinbesitzer. Kath. Wittmann, alt 80 Jahre, Witwe von Paul Wittmann, Schlosser. Karl, alt 9 Tage, V. Sch. Welschenfelder, Fab.-Arbeiter.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landesstheater

Aufführung: „Anna Bolena“. Drama von Emil Vernehard. Die Geschichte Heinrichs VIII. mit seinen sechs Frauen, des Vaters der englischen Reformation, auf den mehr das englische Volk noch der Protestantismus stolz zu sein Ursache hat, kennt der Besucher bereits aus dem Film. Das Schicksal der Anna Bolena, jenes unglücklichen, aber nicht unbedeutend unglücklichen Hofraufens, behandelt unser Stück. Denn, um es gleich vorwegzunehmen, das Drama, das alle Regungen des Mitleids für die verlorene jugendliche Gestalt der Bolena freimacht, steht auf dem ethisch festen Boden, daß ihr Recht geschehen. Sie hat eine Königin von der Seite ihres Gatten gedrängt, darf sie klagen, wenn sie wieder von einer anderen gedrängt wird? Es wäre gegen alle sittliche Weltordnung, wenn eine Ehebrecherin sich ihres gelaubten Glücks erfreuen dürfte. Denn die Männer sind in puncto puncti Hampelmänner. „Ist sie mit dem Mann, der nicht ohne seine Leidenschaft ist“, sagt Hamlet zu Socraticus. Natürlich tritt diese moralische Predigt nicht aufdringlich in den Vordergrund, dafür ist Vernehard zu viel Dichter. Er moralisiert nicht, aber die Moral schält sich aus dem unerwartlich strengen Gang der Geschehnisse von selbst heraus. Ein historisches Drama, das keine Gaps und Staatsaktion mit Wortgeplänke und Medeschwärz. Die Dialogbehandlung, aller Lecten Metrolit abhold, befindet im Gegenteil eine dichterische Eleganz mit einem realistischen Stil von höchster Prägnanz des Ausdrucks. Keine Längen, keine schmutzigen Gefühlsentladungen, daher keine Langweile. Aber Vernehard ist ebenföhrer Dramatiker, wie er Dichter ist. Seinen sechs Szenen, in die er das Stück einteilt, mangelt es nicht an Fluß und wirksam herausgetriebenen Glassstellen, und er verleiht es, den Vorhang zur rechten Zeit fallen zu lassen. Das Werk besitzt amiesellen dramatische Kraft und Bühnenwirksamkeit, wenn es auch infolge der Ereignisheit der Zuschauer nicht nach allen Szenen zu lärmendem Beifall kommt. Freilich die letzte Szene, der Prüffeln in manchen Dramas, fällt gegen das Vorhergehende ab; es ist mehr ein lyrischer Ausklang, aber

das ist größeren Dichtern auch passiert, wie z. B. Shakespeare in dem zuletzt hier gegebenen „Roth“. Dort wie hier trägt die keine poetische Dikt über den schwachen Abzug. Es tut wohl, nach den vielen verjüngten, abgedrängten, Lina vorzutreten, philosophisch, und problemüberladenen dramatischen Kampfszenen unserer Reueisen wieder einem Werk zu begegnen, wo kein expressionistisch aufgepumpter Wader, sondern einfach ein Dichter und ein Köhner an der Arbeit lag. Nicht umsonst ist das Werk bereits mit einem literarischen Preis ausgezeichnet worden, und es ist ja auch nicht das erste Drama, mit dem Vernehard starken Erfolg errang.

Der Oberregisseur Baumhach hat das Stück in Szene gesetzt mit gutem Gefühl für die dramatischen Effekte und den poetischen Zauber so mancher Einzelheit. Man hatte zum ersten Mal nach Reinhardt'schem Vorbild eine Visiönelle in den Lufschicht über Kronleuchter einmontiert, jedoch die Dandeleiden zumest von einem scharfen Lichtkegel überprüft waren, während alles Dekorativ ins Halbdunkel zurücktrat. Diese Art erzielte gute Wirkung; sie näbert Darsteller und Zuschauer einander und verhindert des Lesers Abstrahieren auf Details der Szenerie. In Berlin ist dieses Regiemittel schon länger im Gebrauch, und man darf es bei uns auch ruhig einbringen, wenn wir auch bevorzugen möchten, das Prinzip nur gleich zu Tod zu setzen. Geht die Titeltolle mit Baumhach, Bauer und dem fröhlichen Jugendüberflutung, der in so wirksamem Gegenflut steht zu der alternden Königin. Witul und Wran pösten sich den Feinheiten der Dichtung schmiegen an, wenn auch ihr Spiel ab und zu noch etwas unaußgeglichenes Helliges, beinahe Lediges aufweist. Ihr Partner Heinrich war ein vollstättiger, jugendlicher Mannstert, der nicht viel Federlesens macht. Die Herrn Dergenz künstlerisch arbeitender Realismus den Typen anpasste, machte man seine Freude haben an dieser bestgelegenen Figur des Stückes. Von wunderbarem Zauber umflossen war die Königin der Frau Ermerth. Die dritte Szene, wo die edle Dandern gelähmt im Rollstuhl sitzend ihre Nebenbuhlerin empfängt, brachte sie zu atemberaubender Wirkung. In ihrer Stimme gillerte das ganze erhabene Leiden mit der verhallenden Bitterkeit und der verzehrenden Ergebung; man kann sich diese Szene von eminent

poetischem Gehalt kaum erschöpfender interpretiert denken. Wenn wir noch den merkwürdigen, fast unheimlichen Wollen Baumhachs nennen, so ist die Riste der Hauptakteure erschöpft. Neben ihnen machten sich noch um das Stück verdient Herr Würtner als George Bolohn, Dahlen als Percy, Fr. Genter als Frau Wbat. Auch die übrigen Helfer waren gut bei der Sache. Die Masken- und Kostümenten feierten Triumphe, und es wäre wohl am Plat, daß Margarete Schellenberg auch einmal vor die Rampe trete, Kostümentunde ist eine Wissenschaft für sich, und keine kleine; die Art, wie Fr. Schellenberg alte Gemälde studiert und die Traditionen kopiert, verrät hohen künstlerischen Sinn und verdient alles Lob. Die Königin Katharina mit ihrer Haube, die Lady Jane und vor allem der König waren so echt herausgestaffelt, als wären sie einem alten Holbein entflohen. Beim König fiel noch die historisch getreue Waise angenehm auf, die sich sogar bis auf die ganz eigenartige Linie des Bartanfahes an den Wangen, die Fuchstellung, die Art, den Hut zu tragen, erstreckte. Wie nehmen so vieles als selbstverständlich hin, von dem man oft nicht ahnt, wie viel Bawarbeit es erfordert. Darum den Maskenkünstlern und Fr. Schellenberg an dieser Stelle einmal ein besonderes Bravo!

Das erstklassige Brämienpublikum feierte Dichter, Darsteller und Schaffende durch zahlreich und im Widerspruch mit einem Solo-Beifall sogar stürmisch geforderte Hervorrufe. M. Kaufmännischer Verein. Am Freitag abend trat im feider nicht hiet besuchten Entschloß Ludwig Gardt, Rektor für Vortragskunst am Berliner Deutschen Theater, im hiesigen Entschloß feiere und ernste Dichtungen vor. Märchen machten den Anfang und fanden starken Anklang, obgleich ein schließliches, inniges Erzählen bei Kontakt vorzuziehen wäre. Immerhin stellten dieselben den Kontakt zwischen dem Vortragenden und dem Publikum her, was von den nachfolgenden Dichtungen nicht behauptet werden kann. Es bestand eine gewisse unbehagliche Nervosität, die sich immer mehr ausbreitete und die alle Anwesenden fühlten. Es ist dies bedauerlich, denn Ludwig Gardt gab wirklich gerade in den Gedichten speziell bei Heine eigene, persönliche Vortragskunst und nicht alltäglich gehörte literarische Kost.

Karlsruhe
Hotels, Restaurants, Cafés, Verwaltungen
Hotel Nassauer Hof
am alten Bahnhof Kriegsstrasse 88
Gut eingerichtetes Haus
Besitzer: F. Odenheimer.

Hotel Müller
Gutbürgerliches Weinrestaurant
Kreuzstrasse 19 Telefon 3553

Gasthaus zum Albtal
Ettlingerstrasse 43 Telefon 4886
2 Minuten vom Bahnhof :: Fremdenzimmer
Vereinszimmer.

Markgräfler Hof
Telephon 1992. Dürlicher
Allee, Ecke Radolstrasse
Weinstube Bes.: Th. Zwecker.

Restaurant Grünwald
Ruppurrstrasse 2 :: Eigene Schlachtung :: Guter
Mittags- und Abendisch :: Vorzügliche Weine und
Schlemmer-Bier :: Gr. u. kl. Stile. **Ad. Kürner.**

Restaurant Merkur
am alten Bahnhof, ff. Sinner- und Münchener
Biere. Weine, Gute Küche. **A. Weber.**

Zum Bratwurstglöckle
am alten Bahnhof. Bekannt gute Küche u. Keller
ff. Sinner Bier. Fremdenzimmer, Tel. 3-31. Int. 9m

Gasthaus zum Stephanenbad
Karlsruhe-Beiertheim
Anerkannt gute Küche und Keller.
Gottfried Lucas Telefon Nr. 2102
5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Färberei Printz A.-G.
Telephon 68. Karlsruhe Telephon 68.
— Annahmestellen überall —
Gebrüder Kugel, Rheinstr. 63
Kutz-, Weiss- und Wollwaren, Herren-Artikel
Gegr. 1867 Teleph. 2758

ADAM KEMPF
Weingroßhandlung
Kaiserallee 21 Telefon 2163

Frz. Fischer & Co., Weingroßhandlg.
Wein und Trauben
Steinstr. 29 Import-Geschäft Teleph. 163

Max Homburger, Weine und Spirituosen
Laden, Kaiserstrasse 124. Telephon 340

Junker & Ruh A.-G.
Junker & Ruh - Nähmaschinen
Junker & Ruh - Dauerbrandöfen
Junker & Ruh - Gasherde

Badische Maschinenfabrik
Durlach
Giessereimaschinen
Gerbereimaschinen
Zündholzmaschinen

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken
Karlsruhe (Baden)

Kaltgezogene u. geprefte Präzisions-
Teile - Biegesteife nahtlose Combac-
Schläuche - Bau von Spezial-Maschi-
nen für Präzisions-Maschinen-Artikel
Aluminium-Baus- und Küchengeräte

Oscar Sichtig & Co.
Maschinenfabrik :: Ventilationsanlagen

Maschinen-Fabrik Louis Nagel
Inh.: G. LANG
Karlsruhe i. B.
Tel. 382, Telegr.: Maschinenfabrik Nagel

Personen- und Lasten Aufzüge
Transmissions- und Exhaustoren
Spinntransport- und Entstaubungs-
Anlagen - Holz trocken-Anlagen
Unterwindfeuerungen - Kohlbrecher

Max Schellberg & Co.
Aktiengesellschaft
Schmiedestücke für alle Zwecke.

EMIL KOHM
Inh.: Wilhelm Edelmann
Fabrik für Chirurgie - Mechanik.

Gelächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan D.
Musterschutz

Teigwaren „Syndikatsfrei“
Lieferer
Scheurer & Co., Teigwarenfabriken, Karlsruhe u. Lohelbach.

Erste Rastatter Herdfabrik
Unkel, Wolff & Zwiffelhofer, Rastatt (Baden)
Kohlenherde und kombinierte Herde.

Säcke Säcke Badische Lederwerke
Karlsruhe-Mühlburg
für Glas-, Chair- und Mocha-Leder.
— Spezialität: Mocha Veneziana. —
Alfred Just, Karlsruhe (Oststadt)
Sonnensstraße 30. Telefon 268.

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal	Schweitz- Mannheim	Ettlingen- Rastatt	Dürmersh. Rastatt	Maxau- Pfalz	Eppingen
Vorm. Nachm.						
W4 ²⁵ 1 ²⁵						
L5 ²⁵ 2 ²⁵						
W6 ²⁵ 3 ²⁵						
8 ²⁵ 4 ²⁵						
10 ²⁵ 6 ²⁵						

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal	Schweitz- Mannheim	Ettlingen- Rastatt	Dürmersh. Rastatt	Maxau- Pfalz	Eppingen
Vorm. Nachm.						
6 ²⁵ 12 ²⁵						
7 ²⁵ 2 ²⁵						
D7 ²⁵ 3 ²⁵						
9 ²⁵ 5 ²⁵						
D11 ²⁵ 6 ²⁵						



Vogel & Schnurmann
Karlsruhe.

Offenburg.

Warenhaus Steinberg & Co.

Kaufhaus Spinner
liefert alle Artikel
des tgl. Bedarfs.

Garngrosshandlung
Kaufhaus Wörter
Spezialhaus für Stickgarn
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

**Email- und Metall-
Reklame-Plakate**
Aetz- u. Emaillewerke G. Robert Dold
Offenburg.

Walter Claus
Leinweberei und Bleicherei
Gesellschaft mit beschr. Haftung.
Spinnerei und Weberei
Offenburg.

Henco & Co.
Oelfabrik und Raffinerie.

Trinkt Armbruster-Bier
Offenburg. **Böhringer & Rauss**

Maschinenbau-Gesellschaft
Gegründet 1837. Karlsruhe Gegründet 1837.
3000 Werksangehörige.
Dampfmaschinen - Dampfkessel
Eis- und Kühlmaschinen.

Franz Meyer
Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen,
Reparaturwerkstätte.

Kaufhaus Weiher
Große Auswahl in
Haus- und Küchen-Einrichtungen
- Mässige Preise. -

Reserviert für Firma
J. Jenewein & Co., Offenburg

Wein- und Edelobst-Brennerei
Badenia G. m. b. H.

B. Stern, Offenburg
Schuhwarenhaus
Vorteilhafte Bezugsquelle beim Einkauf von
guten und preiswerten Schuhwaren.

A. Rheinboldt
Manufaktur- u. Modewaren.

Fritz Schoel
Spezialhaus für
Herrn- und Knaben-Bekleidung.

Gebr. Tannhauser - Fischmarkt 1
Herrn- und Knaben-Bekleidung
Hauptstraße 38
Carl Mayer Ww. Feine Herrenschneiderei
Herren-Mode-Artikel

Hauser & Levi
Spezialhaus für
Manufakturwaren und Damen-
Konfektion

Wir liefern:
U. H. - Zündapparate
U. H. - Zündkerzen
U. H. - Lichtmaschinen
U. H. - Selbstanlasser

Unterberg & Helmle
Karlsruhe, Ritterstrasse 13-17.

EUGEN REILING
Sägewerk, Holzhandlung, Eisengießerei
Gernsbach i. B.
- Fernruf 102 -

Th. & O. Hessig
Eisenbetonbau.

Casimir Kast
Holzhandlung Sägewerke.
Gernsbach.

Reserviert für Firma
Heinr. Rausch, Sägewerke u. Holzhandlung
Karlsruhe

H. Fuchs Söhne, Karlsruhe
Rheinthalen
Säge- und Hobelwerke, Holzhandlung.

Adolf Pfeiffer
Karlsruhe
Werkzeuge, Werkzeugmaschinen.

Max Strauss, Karlsruhe.
:: Feldbahnen ::
Lokomotiven
Lokomobile
Baumaschinen
Werkzeugmaschinen

J. Prölsdörfer, Eisenhandlung
Karlsruhe. - Telefon 888, 5495.
Schrauben - Drahtsilber - Gehrtechte.

Fabrik Stolzenberg
Deutsche Bureau-Einrichtungs-
Gesellschaft m. b. H.
Oos - Baden.

Zimmertüren
Fensterrahmen
für Kleinwohnungsbauten
Billing & Zoller, Aktien-Gesellschaft
für Bau- u. Kunst-Tischlerei.

L. Bienenstock, Luisenstr. 75
Weiß- u. Kurzwaren en gros - Telefon 1234

W. Heinert N.cht.
Herrenartikel
Kaiserstrasse 227.

Wilhelm Blicker & Co.
Sportartikelfabrik
Günstige Bezugsquelle für Sportartikelgeschäfte
und verwandte Branchen.

C. F. Dürr, Adiesstr. 20, Tel. 172
Grosshandlung in Woll-, Baumwollgarnen und
Kurzwaren. gegründet 1819

N. A. Adler
Schuh-Grosshandlung
(Gegründet 1880).

Allgemeines
Sackfabrik
Hans Dieffenbacher
Karlsruhe, Rheinthalen.

Wormser & Co.
Lebkuchen - Pastrybaker.
Schnurmann & Co.
Lohengoldstr. 4 Tel. 2005
Därme und Gewürze
kompl. Laden-, Wurst-
küchen-Einrichtungen.

Jos. Ehrhard
Holz- u. d. Korbwaren
Mühlburg, Rheinstr. 32

Hermann Cohen
Rintheimerstrasse 8 - Telefon 5108
Ankauf: Altsisen, Metalle, Lumpen, Papier,
Häute, Felle zu den höchsten Tagespreisen.

Stimmen u. Reparaturen
erledigt prompt und billigst
J. Kunz, Piano-Haus
Karl Friedrich-Strasse 21 - Telefon 2713.

W. Seyfarth
Tapetenfabrik und Versandhaus
Gernsbach (Murgtal)
Man verlange von seinem Maler- und
Tapeziermeister meine Musterkarte.

Veit Groh & Sohn
Feine Herren-Maßschneiderei
Kaiserstr. 114, Tel. 8009.

Offenberg

Herren- u. Knabenkonfektion
Jacob Maier

Custav Fritsch • Hauptstr. 45
Herren- und Damen- Schneiderei

Gebr. Kohn, Manufakturwaren engros
Verkauf nur an Wiederverkäufer.
Rosenstrasse 2

Gebr. Bloch Nachfolger
Manufakturwaren • Haupt, Ecke Ritterstraße

Schuh-Haus Leo Haberer & Co.,
Hauptstrasse 80, neben Einhorn-Apotheke
Bekanntes Haus für gute Ware

Herren-Artikel
Hüte, Mützen.
Karl Zimmerle
Inh.: Ludwig Heß.

S. Weil & Söhne
Handschuh-Fabriken
Friedrich Leuth
Manufaktur-Waren.
Hauptstrasse 85.

Kauffmann & Wagner
Küpperschmiede u. Apparatenbau
Bühl (Baden), Telefon 155.

J. Bierig & Rosenfeld, Bühl i. B.
Rohproduktion, Papiergrosshandlung, Tel. 50
Büro u. Lager, Poststr. 6, Steinstr. 11 u. 19.

Wolf Netter & Jacobi, Bühl (Baden)
Eisen und Metalle u. Maschinenfabrik und Eisengusserei
Telegr.-Adresse: Metallnetter Bühlbaden — Fernruf 61 u. 218

Math. Maier
Stärke-, Klebstoff- u. Pflanzleim-Fabrik
Ailschweier — Bühl i. B.

Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau

Rastatt

Vereinsbank Rastatt
e. G. m. b. H. Poststraße 4. Telefon 1.

Brauerei C. Franz G. m. b. H.
empfiehlt ihre vorzüglichen Biere.

Wilhelm Stierlen
Maschinen- und Metallwarenfabrik.
Badische Polierseiden- und Putzwoll-Fabrik
Rastatt. Gröner & Bloch. Tel. 85.

Gebr. Biechner, Nachf.
Manufakturwaren :: Herren- und Damenkonfektion :: Berufskleidung

REINHOLD ERTTEL
Erstes Herren-Reise- und Sport-Artikel-Spezialhaus

P. M. Gräffinger
Manufakturwaren aller Art
Damen-, Kinder- und Herren-Konfektion.

G. Ertel
Weiss-, Woll-Strumpfwaren
Kinderwäsche, Pelzkragen.

Anton Matheis (Inh.: Aug. Matheis)
Kaiserstr. 35
Schuhwaren gegr. 1892.

Richard Baer, Rastatt
Lumpen- und Papiersortieranstalt
Einkauf von Lumpen- und Papierabfällen.

Carl Frick
Wische, Kurz- und Wolwaren.

Kaufhaus
Karl Stutz

Badenia-Panzer- u. Spezial-Fahrräder

Badenia-Freilaufmaschinen

Eisenwerke Gaggenau
Akt.-Ges.
Gaggenau i. B.



Sparofen Küchenfee
Kohlen- u. Koksparer, billigster Ersatz f. Gas- u. Elektroheizkessel, auf jedem Kachelherd benutzbar. Herkules aus A. gepresst, Stahlblech-Ähren, billig, präsentabel, leicht, widerstandsfähig, Fackelgas, Automaten, Gaskocher, Emailleblech für alle Zwecke, Metall- u. Grauguss Prop. P 15 gratis.

Theodor Bergmann, Gaggenau (Baden).
Vertreter für Karlsruhe: Otto Stoll.

Hansa Konservenfabrik
G. m. b. H.
Grünstadt Rhpfz. Zweigfabrik Eittingen Baden.
Fabrikation in Gemüse- u. Obstkonserven, Marmeladen, Gelee.

Bruchsal

Bruchsaler Gesellschaft
für Holzhandel und Holzbearbeitung
G. m. b. H.
Telefon: 20, 440, 463
Telegramm: Gromer Bruchsal — Wiesentfels Bay.
Sägewerke: Bruchsal — Karlsruhe-Halen
Wiesentfels (Bayern)
Hart- und Weichhölzer aller Art.

Gustav Bader
Fittings Fabrik.

Ferd. Schroff & Co.
Möbelfabrik
Dampfbetrieb mit Trockenanlage.

Deutsche Eisenbahnsignalwerke
Aktien-Gesellschaft.

Joh. Breining, Kaiserstraße 61
Telefon 117.
Manufaktur- und Modwaren, Damenkonfektion.

Raphael Bär, Bruchsal
Leder — Häute — Treibriemen
Telephon 47

Badisches Landestheater
Volksbühne E 3
Mittwoch, den 25. Jan., 7 bis geg. 10 Uhr, Mk. 40.

Der Freischütz.

Kaiser-Lichtspiele
am Durlacher Tor

Nur bis einschliesslich Donnerstag

Der Tüfel auf Schloß
Emeraude
Sensations-Drama in 5 Akten.

Das köstliche Leo Penkert-Lustspiel
in 3 Akten

Professor Rehbein u.
der Meisterringe.

Ab Freitag:
Der Ueberfall auf
den Stahlfressor
— 7 Akte. —

Privatspargesellschaft
in Karlsruhe.

Die abgerechneten Sparbücher werden am 25. 26. und 27. Januar von 9 bis 4 Uhr — ununterbrochen — zurückgegeben. Rassenversteigerung findet an diesen Tagen nicht statt.

Rich. Kittel
Uhrmacher-Meister
Am Stadtgarten, Hauptbahnhof
Telephon 2540.

Moderne
Zimmer-Uhren.

Billigste Bezugsquelle.
Grösste Auswahl.
Reparatur - Werkstätte.

Schlafzimmer-Bilder
Preiswert, Bilder für alle Räume, Spiegel, Schließers Anstalt, Kaiserstraße 38.

Fähige, selbständige
Zigarren-Sortiererinnen
bei hohem Lohn per 1000 gesucht.
St. Anni
G. m. b. H.
Zigarrenfabrik Rastatt
Karlsruherstraße 2.

Spezialität:
Familien- und Vereinsgruppen, Ehrentafeln.
Atelier
Rausch & Pester
Karlsruhe
Erbsprinzenstraße 3

Fundfächer.
Aufgefunden wurden im II. Halbjahr 1921:
Im Mathias: 1 Fundfächer von Stroh, 1 Frauenhandschuh, 1 schwarze Lederhose, 1 gelbte Gelbbörse mit Bleistift. In der Festhalle nach Konzerten: 3 Spatzenhüte, 3 h. weiße Handschuhe, 1 schwarzer Handschuh, 1 Tuchbeutel, 1 schwarzer Beutel 1 Broch, 1 Rotmadel, 2 Pergamentblätter, 2 Zylinderkämme, 3 Geldbeutel mit 5, 4, 41, 3, 8, 15, 3 und 4 Mk. 50 Pf., und 1 Halskettenring, 1 Dokument mit Leinwand und Gelobentel mit 5 Pf. Inhalt:
Am Friedhof:
1 Paar Handschuhe, 2 Handtaschen, 1 Damenartikel, 1 Kinderbesteck, 1 Kravattenmadel, 1 gold. Kette, 1 gold. Spindel, 1 Kinderhandtaschen, 1 Frauenrengenschirm.
Am Bierdöbel: 1 Perrenring, 1 Nagelschere.
Die Empfangsüberreichten werden aufgelistet, ihre Rechte an obigen Fundfächer innerhalb 3 Wochen bei der Stadtkanzlei, Abt. III Rathaus IV. St., Zimmer Nr. 179, geltend zu machen, ansonsten das Versteigerungsverfahren gemäß § 979 des B.G.B. durchgeführt wird.
Karlsruhe, 23. Jan. 1922.
Das Bürgermeisterei.

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße 30 Telefon 5111
Ab Mittwoch, den 25. bis einschl. Freitag, den 27. Januar 1922

Die Trutze von Trutzberg
— 5 Akte. — 2950
Nach dem gleichnamigen Roman von LUDWIG GANGHOFER.
Manuskript von ERNST FEY.
In der Hauptrolle:
Thea Steinbrecher
Viktor Gehring, Kurt Gerders
Ioni Wittels.

Der Diamantenfalter
Lustspiel in 2 Akten.
Regie: Ismar Stern.
In der Hauptrolle:
HERBERT PAULMÜLLER.

Voranzeige:
ab Samstag, den 25. Januar 1922:
Das Lied von der blutroten Blume
Nach der eigenartigen Erzählung des finnischen Dichters J. Linnankoski.
In der Hauptrolle:
Lars Hansson, Liilbil Christensen

Mieter- u. Untermieter-Vereinigung
Karlsruhe (G. B.) Mitglied des Landesverband und Bund Deutscher Mietervereine
Geschäftsstelle: Morgenstr. 51 b., Sprechst. tägl. 8-7 Uhr, Mittw. 8-9 Uhr abends, Unt. d. Linden, Kaiser-Wiese 71
2334

Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr,
in der „Walhalla“ (Saal), Angartenstraße, für die
Südstadt

Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr,
„Achtelhaas“ (Saal), für
Mühlburg und Grünwintel

Mieter-Versammlungen

Gemeinnütz. Baugenossenschaft Hagsfeld
e. G. m. b. H.

Einladung.

Hiermit werden die Mitglieder zu der am Mittwoch den 1. Febr., abends 7 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Bahnhof“ stattfindenden ordentlichen

General-Versammlung

freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Geschäftsbericht. 3. Revisionsbericht. 4. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates. 5. Neuwahl des Vorstandes und Wahl der nach § 22 des Statuts auszuführenden Aufsichtsratsmitglieder. 6. Verschiedenes.

Anträge zur Generalversammlung müssen längstens bis Sonntag, 29. Januar, eingereicht sein. — Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte gestattet.
[1085

Der Aufsichtsrat.

Palast-Theater
Herrenstrasse.

Ab heute! Ab heute!

Unus
Der Weg in d. Welt
2. und letzter Teil von „Der Fürst der Berge“.
Sensationelles Abenteuer in 6 Akten. 2286

In der Hauptrolle der bedeutendste und grösste Sensations- und Charakterdarsteller (Harry Pie).
Dieser Teil übertrifft noch bei weitem den ersten Teil und erzielt dieses unerreicht dastehende Meisterwerk überall ganz gewaltigen Beifall.

Baron Gucki Mucki
Glänzendes Lustspiel in zwei Akten
mit Else Halm und H. Grunwald in den Hauptrollen.

Keine Ladenspesen. Keine Personalspesen.

Daniels Konfektionshaus
Tel. 1846 Karlsruhe, Wühelstr. 31, 1 Tr.

Schwarze
Mäntel, Kostüme,
Kleider, Röcke, Blusen
zu bekannt billigsten Preisen. 2288

Geübte

Weißnäherinnen
für Heimarbeit gesucht.
Geschw. KNOPF

Jahrräder
(Diamant) 2241
Pneumatisches alle Erfindungen. Infanterien von Rädern, vernickeln und emaillieren empfiehlt
K. Hötner
S. Mühlburg
Hardenstr. 27, Ecke Rheinstr.
Telephon 1886.

Geld erhalten etc. bei günstigen Bedingungen u. Matanzahl.
durch Engelhard,
Gartenstr. 11, 313 III

Endlich
ist man
den Länger los,
denn „Rotfroschpasta“
ist famos!

Endal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: Werner & Merz A-G, Mainz